

YOUNG4FUN.CH

**Jugendkomitee für eine bessere Armee reform**

Postfach 569 • 9501 Wil

**Radikalreform Armee 21**

Argumentarium

am 18. Mai

**NEIN**

zur **ARMEE 21**



# ARMEE 21

## ARGUMENTARIUM

**Jugendkomitee für eine bessere Armee reform**

Postfach 569  
9501 Wil

[www.armeereform.ch](http://www.armeereform.ch)  
[www.young4fun.ch](http://www.young4fun.ch)

[info@young4fun.ch](mailto:info@young4fun.ch)

PC: 90-724162-3

**Inhaltsverzeichnis**

- 1 Einleitung**
- 2 10 gute Gründe, die Radikalreform «Armee XXI» abzulehnen**
  - 2.1 Ein Nein als Chance für eine Reform mit Mass
  - 2.2 Die Armee XXI ist nicht bezahlbar
  - 2.3 Die Armee XXI führt die Schweiz in die NATO
  - 2.4 Die Armee XXI macht abhängig
  - 2.5 Die Armee XXI gefährdet unsere Sicherheit
  - 2.6 Die Armee XXI schützt nicht vor Terrorismus
  - 2.7 Die Armee XXI diskriminiert die Jugend
  - 2.8 Psycho-Rekrutierung und schlechte Ausbildung
  - 2.9 Die Armee XXI ist ein aggressives Kriegskonzept
  - 2.10 Die Armee XXI schafft die direkte Demokratie in wichtigen Armeefragen ab
- 3 Die 10 häufigsten Argumente der Befürworter und ihre Entgegnung**
  - 3.1 „Die Armee-XXI-Gegner sind uralte, sture Traditionalisten.“
  - 3.2 „Die Armee XXI ist bereits soweit umgesetzt, dass es kein Zurück mehr gibt.“
  - 3.3 „Verwaltung und Bundesrat müssen über die Armee XXI informieren.“
  - 3.4 „Die Armee XXI ist kooperativ.“
  - 3.5 „Die Armee XXI führt die Schweiz nicht in die NATO.“
  - 3.6 „Die neue Rekrutierung XXI (Aushebung) ist nötig...“
  - 3.7 „Die Armee XXI ist volksnah.“
  - 3.8 „Die Armee XXI ist multifunktional und vielseitig.“
  - 3.9 „Die Gesamtdienstzeit verkürzt sich...“
  - 3.10 „Die Armee 95 ist so schlecht, dass es nun die Armee XXI braucht.“
- 4 Zitate, Aussagen, Kommentare**
  - 4.1 VBS - hochoffiziell
  - 4.2 Medien - brisant
  - 4.3 Weitere - überlegt
- 5 Handeln**
- 6 Welche negativen Folgen bringt die Armee XXI mit sich?**
- 7 Kernforderungen für eine bessere Armee reform**
  - 7.1 Politische Rahmenbedingungen
  - 7.2 Struktur der Armee
  - 7.3 Fazit
- 8 Auszug aus dem Reader «Referendum Armee XXI»**

## Einleitung

Mit über 64'000 Unterschriften aus allen Landesregionen ist das Referendum gegen die Armee XXI zustande gekommen. Kritiker der Armee XXI bezeichnen die unter grossem Zeitdruck (warum?) geplante Armee XXI als Blindgänger. Wesentliche Bausteine der Sicherheitskonzeption Schweiz wie Unabhängigkeit und Miliz sollen massiv geschwächt und stattdessen ein teures, zum Scheitern verurteiltes, von der NATO abhängiges Modell eingeführt werden. Polemik? Nein, sorgfältiges Studium des Armeeleitbildes, von Fakten, Referaten und Artikeln aus dem VBS.

Die heutige Armee ist keineswegs flügelahm. Im Gegenteil beweisen ihre Einsätze in St.Gallen (Föderalismuskonferenz), am WEF in Davos, bald bei Evian am G8-Gipfel sowie bei den Unwettern im Appenzellerland und in Gondo, dass die heutigen Milizverbände einsatzfähig sind. Und Flughafenregimenter in Genf und Zürich sind innert Stundenfrist im Einsatz, wenn die Flughäfen geschützt werden müssen, wie dies in anderen Staaten gerade wegen des Terrors notwendig geworden ist.

Es ist unglaublich, aber wahr: All diejenigen Kräfte, die diese Aufgaben wahrnehmen, sollen abgeschafft werden. Die Armee XXI will auf die Elemente Territorialtruppen, Flughafenschutzregimenter vollständig und auf die Rettungs- und Katastrophenformationen weitgehend verzichten. Die stattdessen geplanten Durchdiener entsprechen nicht einmal der Grösse eines Flughafenregimentes. Die Armee XXI bringt somit einen massiven Sicherheitsabbau bei den jederzeit möglichen Herausforderungen Sicherheitseinsätze (wie z.B. für die Konferenzen in Davos und Evian oder bei der Bewachung des Flughafens) und Katastrophenschutz (z.B. Appenzell oder Gondo).

Der Generalstabchef äussert öffentlich, dass die Armee XXI die Schweiz nicht mehr autonom verteidigen kann und ohne Doktrin entwickelt worden ist. Damit wird diese Kernaufgabe aufgegeben. Nicht nur kommt dies einer Selbstaufgabe gleich. Die Schweiz kommt damit ihrer neutralitätsrechtlichen Pflicht, sich selbständig zu schützen, nicht nach. Faktisch gibt sie damit die Neutralität preis, was aufgrund der jüngsten weltpolitischen Entwicklungen äusserst unklug und in seiner Konsequenz unabsehbar ist.

Es ist logisch, wenn in der Folge in einem Bericht des Bundesrates nachzulesen ist, dass erst mit der Armee XXI die PARP-Vereinbarungen (Planning and Review Process) mit der NATO erfüllt werden können. Die Ausrichtung auf und die Abhängigkeit von der NATO wird deutlich.

Mit dem Verzicht auf die ihrem Ort verbundenen und vertrauten Territorialtruppen und dem fast vollständigen Verschwinden der Milizkader aus der Ausbildung und aus Kommandopositionen wird die Milizararmee in ihrem Kern zerstört. Auch hier ein Stoss ins Herz unseres Landes.

Niemand behauptet, dass alles perfekt ist. Entlarvend, wer einen solchen Anspruch stellt oder ihn für die Zukunft verspricht. Die Armee XXI will alle Parameter auf einmal ändern (Organisation, Führungsstruktur, Ausbildung, Grade, Führungsprozesse, neue Elemente wie Zeitsoldaten und Durchdiener usw. usf.) und belässt nicht einen einzigen Verband wie er ist. Wer auch nur eine kleine Ahnung von Reorganisation und systemischen Verhalten hat, weiss, dass dies nie gelingen kann. Man reibt sich die Augen, dass diese Revolution mit Stolz verkündet wird.

Eine Optimierung und Verbesserung der Armee wünschen wir uns auch. Aber dies rechtfertigt niemals eine gewaltige, unglaublich weitgehende Radikalreform namens „Armee XXI“.

## **2 10 gute Gründe, die Radikalreform «Armee XXI» abzulehnen**

### **2.1 Ein Nein als Chance für eine Reform mit Mass**

Die Armee XXI ist ein gefährlicher, radikaler Umbau unserer Armee. Dieses Mal geht es nicht um die Änderung von nur zwei Artikeln des Militärgesetzes, sondern um einen Totalumbau. Eine gemässigte Mängelbeseitigung der Armee 95 würde genügen: Ihr NEIN ermöglicht eine zukunftsorientierte, moderne und flexible Armeeform mit Mass, welche als Kernkompetenz Sicherheit und Verteidigung einer neutralen und unabhängigen Schweiz vorsieht und den Bedürfnissen des Schweizer Volkes gerecht wird. Ein Nein am 18. Mai bietet viele Chancen, stärkt Bewährtes und verhindert die massiven Risiken, welche mit der Radikalreform «Armee XXI» auf die Schweiz zukommen.

### **2.2 Die Armee XXI ist nicht bezahlbar**

Eine Radikalreform bringt riesige Kosten mit sich. Auch die mit der Armee XXI vorgesehene Intensivierung der Auslandseinsätze, die vermehrt geplante Militärausbildung im Ausland und die Aufstockung des militärischen Personals (Berufsmilitär) kosten Millionen. Immer wieder haben Planer darauf hingewiesen, dass zur Umsetzung der Armee XXI massiv mehr Geld nötig ist. Doch dieses ist nicht vorhanden. Die Armee XXI hat kein Finanzkonzept und wird scheitern. Eine Reform mit Mass, wie wir sie vorschlagen, kostet weniger und ist näher an der Realität. (Mehr dazu unter: [www.young4fun.ch/news/communiques/13februar2003.htm](http://www.young4fun.ch/news/communiques/13februar2003.htm))

### **2.3 Die Armee XXI führt die Schweiz in die NATO**

Die Schweiz wird auch ohne Mandat der Uno oder der OSZE an internationalen Militäreinsätzen teilnehmen können. Sondereinsatzkräfte sollen weltweit und jederzeit eingesetzt werden können, wo schweizerische «Interessen» mitspielen. Diese schweizerischen «Interessen» werden sehr weit ausgelegt werden. Die Armee XXI läuft in Richtung einer professionalisierten, jederzeit international einsetzbaren und Natokompatiblen Satellitenarmee. In sämtlichen Bereichen (von der Ausbildung, über die Struktur bis zur Intensivierung der Auslandseinsätze) würde die Radikalreform die Schweizer Armee an die Nato anpassen. Die Schweiz hat mit der Nato ein Planungs- und Überprüfungsprozess-Abkommen (PARP, siehe [www.vbs-dps.ch/internet/groupgst/de/home/peace/partnerschaft/interoperabilit/parp.html](http://www.vbs-dps.ch/internet/groupgst/de/home/peace/partnerschaft/interoperabilit/parp.html)) unterzeichnet, in welchem genaue Vorgaben der Nato an die Schweiz festgehalten werden zur Erreichung der vollständigen Nato-Kompatibilität. Die englischen Originalverträge sind bisher nicht veröffentlicht worden - wohl weil die Schweizer Bevölkerung vehement protestieren würde. Die Radikalreformer geben selber zu, dass mit der Armee XXI alle von der Nato vorgegebenen Wünsche bis ins kleinste Detail umgesetzt würden. Mit der Armee XXI wären wir so gut wie in der Nato, ohne je darüber abgestimmt zu haben. Unsere über Jahrhunderte bewährte Neutralität, unser humanitärer Friedenseinsatz und unsere Freiheit von Machtbündnissen würde mit der Armee XXI einer gefährlichen Verwicklung in internationale Konflikte weichen müssen. (Schauen Sie sich dazu unbedingt die VBS-Aussagen unter [www.armeereform.ch/pages/zitate.htm](http://www.armeereform.ch/pages/zitate.htm) an.)

### **2.4 Die Armee XXI macht abhängig**

Die Verfassung verlangt, dass die Armee die Schweiz verteidigt. Dazu ist die geplante Armee XXI jedoch unfähig, was selbst Armeepaner bestätigen. Daraus folgt, dass die Verfassung nicht eingehalten ist und die bewaffnete Neutralität als Teil des schweizerischen Friedenskonzeptes aufgegeben wird. Weil die Armee XXI das Land nicht allein verteidigen kann, sollen ausländische Armeen (EU-Armee/Nato) dabei aushelfen (sogenannte «Sicherheit durch Kooperation»). Die Schweiz würde von fremdem Militär abhängig gemacht. Der Negativpunkt dieser mit dem Schlagwort «Sicherheit durch Kooperation» betitelten Entwicklung ist die Unterwerfung einer ganzen Armee und damit eines ganzen Landes unter eine fremde Macht. Ein Nein zur Armee XXI stärkt die Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung.

### **2.5 Die Armee XXI gefährdet unsere Sicherheit**

Die Armee XXI ist die falsche Antwort auf die sicherheitspolitische Weltlage. Sie wurde vor dem 11. September 2001 ausgearbeitet und geht von falschen Voraussetzungen aus. Es ist beängstigend, dass ausgerechnet die besonders ausgebildeten Truppen zum Schutze der Bevölkerung und lebenswichtiger Einrichtungen für unser Land abgeschafft werden sollen.

## 2.6 Die Armee XXI schützt nicht vor Terrorismus

Die Flughäfen spielen eine zentrale Rolle beim Schutz vor Terror, Seuchen und weiteren Gefahren für die Bevölkerung. Die Armee XXI will aber die Flughafenregimenter abschaffen. Dies ist völlig unverständlich. Der zuständige Korpskommandant meinte dazu: «Die Planer haben die Wichtigkeit des sensitiven Bereichs Flughafen nicht erkannt. [...] Genf und Zürich sind zwei ganz heikle Probleme. Innert Stunden kann sich hier die Situation ändern. [...] Wenn ein Ereignis länger dauert, ist man dringendst auf die Unterstützung der Armee angewiesen. Dies wurde bislang durch die Bataillone des Flughafenregiments sichergestellt. Wenn das fehlt, sind wir im Eimer.» Zudem würden die geplanten Sondereinsatzkommandos und die Intensivierung der Schweizer Auslandseinsätze die Gefahr eines Terroranschlages auf das eigene Land fahrlässig erhöhen. «Konfliktimport» droht: Gehst du zur Krise, dann kommt die Krise zu dir. Das oberste Ziel der Schweiz muss es sein, die Bevölkerung vor möglichen Angriffen zu schützen und sich als neutraler Kleinstaat aus den Konflikten herauszuhalten. Die Armee XXI macht das Gegenteil.

## 2.7 Die Armee XXI diskriminiert die Jugend

Wir Jungen brauchen eine sichere Schweiz und nicht die Armee XXI. Wir halten für fremde Kriege nicht unseren Kopf hin. Die Armee XXI vergisst die Jungen: Sie verlängert die Rekrutenschule (RS) so, dass sie nicht mehr auf die berufliche Ausbildung abgestimmt werden kann. Auch müssten Junge neu im Alter von 20 bis 27 Jahren - also für viele während ihrer Ausbildung - mindestens ein Jahr Militärdienst leisten. Die volkswirtschaftlichen Kosten werden dadurch auf die Jugend verlagert und die Jugendarbeitslosigkeit steigt. Anstatt die militärische Ausbildung, die im internationalen Vergleich bereits sehr lange dauert, effizienter zu gestalten, wird sie nochmals verlängert. Dies ist eine sehr einfache Regelung auf Kosten der Jugend und keine Lösung. Dadurch wird es für die Armee noch schwerer, Jugendliche für den Militärdienst zu motivieren. Das bereits hohe Abschlussalter der Ausbildung erhöht sich weiter, zum Schaden der einzelnen, aber auch der Wirtschaft, welche auf junge Berufseinsteiger angewiesen ist.

## 2.8 Psycho-Rekrutierung und schlechte Ausbildung

Bei der Aushebung nach Armee XXI soll während drei Tagen (bisher maximal ein Tag) die ganze Persönlichkeit durchleuchtet werden. Über 600 - teils unverschämt persönliche - Fragen sind zu beantworten. Eine Bestimmung zum Datenschutz fehlt und alle Daten werden im Computer gespeichert. Niemand kann sich dieser Rekrutierung entziehen. Es entsteht die grösste Staatsfiche in der Geschichte der Schweiz. Zudem ist es verfehlt, dass diese Rekrutierung für die restliche Dauer der Dienstzeit als Massstab gilt. Im Gegensatz zur Armee XXI verändern sich Junge, arbeiten an sich, bilden sich weiter und sind flexibel. Bereits bei der Aushebung (die neu drei Tage dauert) soll bestimmt werden, welchen Werdegang der zukünftige Rekrut einschlagen wird. Dies ist viel zu früh für Junge, die noch nicht einschätzen können, wie das Soldatenleben ist. Nach bereits sieben Wochen soll ein Teil der Rekruten in die Offiziersschule, andere in die Unteroffiziersschule verlegt werden. Auch dies ist zu früh und schwächt den Truppenzusammenhalt. Rekruten werden zum Offizier oder Unteroffizier gedrängt, ohne eine ganze RS absolviert zu haben, was zu fehlendem praktischen Wissen führen wird. Das Durchdienersystem mit zwanzig- und einundzwanzigjährigen Soldaten ist unverantwortlich. Besser wäre, den ganzen Ausbildungsbereich zu vereinfachen und klar auf die Miliz auszurichten.

## 2.9 Die Armee XXI ist ein aggressives Kriegskonzept

Unsere Armee diene bisher primär der Selbstverteidigung im Notfall. In Europa und Amerika werden Truppen zum globalen Kriegseinsatz geschaffen. Unsere Armeepaner richten sich auf Nato und EU-Armee aus und planen ständig bereite Schweizer Sonderkommandos für den weltweiten Einsatz. Dies wäre erst der Anfang. Wenn Grossmächte und Militärbündnisse heute völkerrechtswidrig ihre Interessen mit Krieg durchsetzen, darf sich ein neutrales und humanitäres Land nicht dafür vereinnahmen lassen. Es müsste im Gegenteil von den Grossen deutlich Recht und Menschlichkeit einfordern. Dies ist unsere Verantwortung für den Frieden, und nur das Nein zur Armee XXI nimmt sie wahr.

## 2.10 Die Armee XXI schafft die direkte Demokratie in wichtigen Armeefragen ab

Gemäss geplantem Militärgesetz sollen Bundesrat und Bundesversammlung zentrale Armeebelange in Verordnungen regeln können. Diese Verordnungen unterstehen aber nicht dem Referendum. Dadurch hätten die Behörden und insbesondere der Bundesrat in der Zukunft freie Bahn, die Armee ohne Mitbestimmung des Volkes umzugestalten. Falls die Armee XXI angenommen wird, hat das Volk für lange Zeit zum letzten Mal mitgeredet.

### **3 Die 10 häufigsten Argumente der Befürworter und ihre Entgegnung**

#### **3.1 „Die Armee-XXI-Gegner sind uralte, sture Traditionalisten.“**

... Sie möchten am liebsten eine Armee mit einer Million Angehörigen.

Kommentar: Das Referendum ist mit über 64'000 Unterschriften aus allen Landesteilen zustande gekommen. Eine breite Allianz von verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern aller Generationen und politischen Richtungen ist gegen die Armee XXI. Sehr viele Jugendliche setzen sich gegen die Armee XXI ein, da es um ihre Zukunft geht.

Wir wollen weder die Armee abschaffen noch sind wir Traditionalisten, die sich eine riesengrosse Armee wie vor vielen Jahren zurückwünschen. Wir wollen schlicht und einfach eine moderne Armee, welche die Sicherheit unseres Landes gewährleisten kann, sich den gesellschaftlichen Bedürfnissen anpasst und sich nicht von Machtbündnissen vereinnahmen lässt. Die Armee XXI widerspricht diesen Forderungen diametral.

#### **3.2 „Die Armee XXI ist bereits soweit umgesetzt, dass es kein Zurück mehr gibt.“**

Kommentar: Die Umsetzung der Armee XXI hat tatsächlich bereits begonnen, obwohl kein Zeitdruck besteht. Doch dies darf kein Argument sein, um nun der Armee XXI zuzustimmen. Die dafür Verantwortlichen waren sich die ganze Zeit bewusst, dass das Volk das letzte Wort hat und juristisch gesehen ist die bisherige Umsetzung ohne Rechtsgrundlage – also illegal – geschehen. Es ist zum Glück erst ein kleiner Teil umgesetzt, der bei einem Nein am 18. Mai gut korrigiert werden kann.

#### **3.3 „Verwaltung und Bundesrat müssen über die Armee XXI informieren.“**

Kommentar: Stimmt. Dies ist allerdings a) kein Argument für die Armee XXI und b) kann man nicht mehr von Information sprechen. Wenn das VBS (Departement für Verteidigung, Bevölkerung u. Sport) für x Millionen Steuerfranken einseitige Hochglanz-Kataloge und CD-Roms verschickt, PR-Verantwortliche engagiert und Bundesrat Schmid bereits im Februar 03 bekannt gibt, dass er über 30 Auftritte für die Armee XXI geplant hat, so kann man nur noch von demokratiefeindlicher und mit Steuergeld finanzierter Staatspropaganda sprechen. Wir finanzieren uns durch viele freiwillige Spenden von verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern.

#### **3.4 „Die Armee XXI ist kooperativ.“**

Kommentar: Mit dem Trugschluss, unser Land könne seine Sicherheit nur noch „kollektiv“ – durch Kooperation, also in Abhängigkeit, mit fremden Armeen – gewährleisten, soll die Schweizer Armee umgekrempelt und schrittweise in die NATO eingebunden werden. Kooperation mag ein schönes Wort sein, aber dieses Konzept ist Teil der verfehlten Aussenpolitik des Bundesrates; diese Politik steht im Widerspruch zur Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz. Damit soll die über 200-jährige Friedenstradition der Schweiz aufgegeben werden. Wir werden dafür in fremde Konflikte hineingezogen und damit zur Konfliktpartei. Für unser Land heisst das: weniger Sicherheit!

#### **3.5 „Die Armee XXI führt die Schweiz nicht in die NATO.“**

Kommentar: Das gesamte Konzept der Armee XXI ist auf die NATO ausgerichtet und in praktisch jeder Broschüre wird auf die Konzepte Interoperabilität und Sicherheit durch Kooperation hingewiesen. Die Armee XXI läuft in Richtung einer professionalisierten, jederzeit international einsetzbaren und mit der NATO interoperablen Satelliten-Armee. In sämtlichen Bereichen (von der Ausbildung, über die Struktur bis zur Intensivierung der Auslandseinsätze) würde die Radikalreform die Schweizer Armee an die NATO anpassen. Die Schweiz hat mit der NATO ein Planungs- und Überprüfungsprozess-Abkommen (PARP, siehe <http://www.vbs-ddps.ch/internet/groupgst/de/home/peace/partnerschaft/interoperabilit/parp.html>) unterzeichnet, in welchem genaue Vorgaben der NATO an die Schweiz festgehalten werden zur Erreichung der vollständigen NATO-Kompatibilität. Die englischen Originalverträge sind bisher nicht veröffentlicht worden – wohl weil die Schweizer Bevölkerung vehement protestieren würde. Die Radikalreformer geben selber zu, dass mit der Armee XXI praktisch alle von der NATO vorgegebenen Wünsche umgesetzt würden. Mit der Armee XXI wären wir so gut wie in der NATO, ohne darüber je abgestimmt zu haben.

### 3.6 „Die neue Rekrutierung XXI (Aushebung) ist nötig...

...um frühzeitig (also bereits vor der RS) alle auszusortieren, die den Armeedienst nicht leisten wollen.“

Kommentar: Wer so argumentiert, kann die Wehrpflicht gleich abschaffen. Eine professionelle Rekrutierung ist okay. Doch wozu das Militär unverschämt persönliche Sachen z.B. zu Themen wie politische Einstellung oder Sexualität wissen muss, bleibt ein Rätsel. Dass die über 600 Fragen umfassenden Rekrutierungs-Umfragebogen sowie die Psycho-Checks streng geheim gehalten werden, spricht ebenfalls nicht für die Glaubwürdigkeit der Radikalreformer. Das bisherige Konzept mit einer massvollen und glaubwürdigen Rekrutierung sowie einer ständigen, flexiblen Überprüfung der Fähigkeiten der Armeeangehörigen ist wesentlich sinnvoller als eine riesige Aushebung, die dann für die gesamte Dienstzeit Bestand haben soll.

(Mehr Infos siehe: <http://www.young4fun.ch/news/communiques/03jan03.htm>)

### 3.7 „Die Armee XXI ist volksnah.“

Kommentar: Das wird sich am 18. Mai zeigen. Auf alle Fälle schwächt die Armee XXI die Mitspracherechte des Volkes und die volksnahe Miliz gegenüber dem Berufsmilitär.

### 3.8 „Die Armee XXI ist multifunktional und vielseitig.“

Kommentar: Die Schweizer Armee soll mit der Radikalreform XXI von einer reinen Widerstandsarmee für Verteidigung und Sicherheit in eine „multifunktionale und vielseitige“ Armee umgebaut werden, die auch Raumsicherung und Friedensförderung im internationalen Rahmen macht. Diese Multifunktionalität und Vielseitigkeit kostet viel und bringt unserem Land nichts. Im Gegenzug würden äusserst einseitig wichtige Institutionen für den Schutz der Schweiz abgeschafft.

### 3.9 „Die Gesamtdienstzeit verkürzt sich...

Die Armee XXI passt sich damit den gesellschaftspolitischen Bedürfnissen an.“

Kommentar: Die Armee XXI verliert weiter an Attraktivität für Junge und behindert deren gesellschaftliche Bedürfnisse: Sie verlängert die RS so, dass sie nicht mehr auf die berufliche Ausbildung abgestimmt werden kann. Auch müssten Junge neu im Alter von 20 bis 27 Jahren – also für viele während ihrer Ausbildung – mindestens ein Jahr Militärdienst leisten. Die volkswirtschaftlichen Kosten werden dadurch auf die Jugend verlagert und die Jugendarbeitslosigkeit steigt. Anstatt die militärische Ausbildung, die im internationalen Vergleich bereits sehr lange dauert, effizienter zu gestalten, wird sie nochmals verlängert. Dies ist eine sehr einfache Regelung auf Kosten der Jugend und keine Lösung. Dadurch wird es für die Armee schwieriger, Jugendliche für den Militärdienst zu motivieren. Das bereits hohe Abschlussalter der Ausbildung erhöht sich weiter, zum Schaden der einzelnen, aber auch der Wirtschaft, welche auf junge Berufseinsteiger angewiesen ist.

Durch diese Umstrukturierung wird auch der erfolgreiche Mix zwischen Erfahrung und jugendlichem Elan der Armee verloren gehen. So werden erfahrene Kräfte aus der Armee verschwinden und praktisch alle Armeeangehörigen werden unter 27 Jahre alt sein. Das ist verantwortungslos.

### 3.10 „Die Armee 95 ist so schlecht, dass es nun die Armee XXI braucht.“

Kommentar: Die Armee 95 wurde z.T. von den gleichen Leuten gemacht, die nun auch die Armee XXI durchbringen wollen. Niemand bestreitet, dass sie gewisse Mängel aufweist. Aber dies rechtfertigt noch lange keine Radikalreform, die das Schweizer Militär vollständig umbauen will. Eine Reform mit Mass im Sinne einer Mängelbeseitigung der Armee 95 reicht vollkommen aus und kostet erst noch weniger.

## **4 Zitate, Aussagen, Kommentare**

### **4.1 VBS - hochhoffiziell**

#### **4.1.1 VBS**

„Unter der Bezeichnung Schweizerische Armee XXI ist ein tiefgreifender Umbau unseres Wehrwesens in Angriff genommen worden.“

In: Armeeleitbild XXI S.4

#### **4.1.2 Divisionär Alfred Rouiller, Chef Doktrin der Armee XXI**

„Die Armee XXI ist eine revolutionäre Änderung, im technischen Jargon ausgedrückt, ein „business reengineering“ und nicht eine „business evolution“. Mit anderen Worten: Die Armee reform ist tiefgreifend, nicht mehr umkehrbar und geschieht unter Zeitdruck.,,

In: TID-Bulletin 3/99

#### **4.1.3 Bundesrat**

„Im Berichtsjahr wurde einmal mehr der Stand der Interoperabilität erfasst (Survey of Overall PFP Interoperability) Die Antworten gaben darüber Auskunft, wie und wie weit die mit der NATO vereinbarten Ziele (Partnership Goals) erreicht werden konnten. Die Resultate wurden anlässlich von bilateralen Gesprächen im Frühjahr ausgetauscht. Eine Anzahl der 33 mit der Schweiz vereinbarten Ziele (Partnership Goals) haben einen direkten oder indirekten Bezug zu dem in Bearbeitung stehenden Armeeleitbild XXI und konnten deshalb nicht umgesetzt werden.“

In: Jahresbericht des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden vom 27. März 2002, S.13

#### **4.1.4 Bundesrat**

„Die Verwirklichung des OCC (Vorbereitung auf zukünftige gemeinsame Operationen) ist aus schweizerischer Sicht jedoch positiv zu werten. Die angestrebte Kooperation wird zu einer wirksameren Nutzung der knappen Mittel führen. Im Rahmen des internationalen „burden sharing“ könnte sich die Schweiz in der einen oder anderen Form beteiligen. Die konkrete Vorgehensweise ist abhängig von der künftigen Ausgestaltung der Armee XXI.“

In: Jahresbericht des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden vom 27. März 2002, S.14

#### **4.1.5 Bundesrat**

„Im Rahmen der Vorbereitungen einer neuen Rüstungs- und Beschaffungspolitik, welche vor allem durch die zukünftige Struktur und Grösse der Armee XXI bestimmt sein wird, hat die Gruppe Rüstung (GR) im September bei der Schweizerischen Botschaft in Brüssel eine Vertretung mit einem permanenten GR-Mitarbeiter eingerichtet. Der Arbeitsbereich ist hauptsächlich auf die europäische Rüstungszusammenarbeit ausgerichtet, umfasst aber auch die Vertretung der Schweiz in den rüstungsrelevanten Ausschüssen, die den EAPC-Staaten offen stehen.

An vorderster Stelle stand dabei die „Group on Acquisition Practices“, welche die internationale Ebene bezweckt, und die Gruppe „Standardisation of Material and Engineering Practices“, welche die Standardisierung von Rüstungsmaterial und deren Konzeption im Hinblick auf zukünftige PFP-Missionen von internationalen Truppenkontingenten fördert. Der GR-Vertreter diene auch als Kontaktperson zur NATO-Agentur für Materialerhaltung und Ersatzteilversorgung (NAMSA) und vertrat diverse Interessen der Gruppe Rüstung vis à vis der NATO.“

In: Jahresbericht des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden vom 27. März 2002, S.15

#### **4.1.6 Oberst im Gst René Eggenberger, Chef Prospektivplanung im VBS**

„Es macht heute keinen Sinn mehr, neutral zu sein. Die Schweizer Armee muss sich spezialisieren und näher an die NATO heranrücken.“

Nürnberg Sicherheitstagung, September 2002

**4.1.7**

**Oberst im GSt René Eggenberger, Chef Prospektivplanung im VBS**

„Die Streitkraftentwicklung nach der Armee XXI muss ungleich revolutionärer ausgestaltet werden. ..Permanente Veränderung, rollende Planung, Politik muss Voraussetzung dafür schaffen.“(..) „Goldener Käfig aus Milizsystem, Neutralität, Konkordanz und Ressourcenplafond muss politisch gesprengt werden.“

In: Österreichische Militärzeitschrift, Feb. 2002

**4.1.8**

**VBS, Konzeptstudie 1**

„Das Gros der Armeeaufträge kann unter den gegebenen Bedingungen nur mehr in enger Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern erfüllt werden.“

In: „Grundlagen der militärstrategischen Doktrin“, Juni 2001

**4.1.9**

**VBS, Konzeptstudie 1**

„Im für die Schweiz relevanten strategischen Umfeld, dem euroatlantischen Sicherheitsraum, kann Interoperabilität nur auf die NATO ausgerichtet sein (...). Die Armee ist als Gesamtsystem auf Interoperabilität auszurichten. (...) Der Pfp- [Partnership for Peace] Planungs- und Überprüfungsprozess (PARP) ist als zentrales Hilfsmittel zu nutzen. Die mit der NATO vereinbarten „Interoperability Objectives for Switzerland“ gehen als Vorgaben für die mittelfristigen Interoperabilitätsanstrengungen der Armee.“

In: „Grundlagen der militärstrategischen Doktrin“, Juni 2001

**4.1.10**

**Thalmann, Anton, Botschafter in Belgien, ehemals Stv Generalsekretär EMD/VBS**

„Man muss die Neutralität, an der kein Bedarf mehr besteht, sanft einschlafen lassen.“

PfP Symposium 18./19. Januar 2001, Oberammergau, Deutschland

**4.1.11**

**Armeechef Christophe Keckeis**

„Die autonome Landesverteidigung der Schweiz ist eine Utopie.“

In: CoopZeitung 2/2003

**4.1.12**

**Ogi Adolf**

„Der Bundesrat will heute nicht direkt in die NATO. Was ist 10 Jahren ist, weiss man nicht. Wenn Österreich der NATO beitrifft, müssen wir den Mut haben, die Lage neu zu beurteilen.“

Referat vor dem Europa-Forum in Luzern, 27./28.3.2000

**4.1.13**

**VBS**

„Auf längere Frist und im Hinblick auf eine wenig wahrscheinliche, aber nicht auszuschliessende Verschlechterung der politisch-militärischen Verhältnisse in Europa soll sich die Armee gemäss SIPOL B 2000 auf eine noch weitergehende Zusammenarbeit mit ausländischen Streitkräften vorbereiten.“

In: Armeeleitbild XXI S.12

**4.1.14**

**VBS**

„Zur Wahrung unserer Handlungsfreiheit gehört, die Möglichkeit eines Bündnisbeitrittes (NATO) offenzulassen.“

In: Sicherheitspolitischer Bericht 200

**4.1.15**

**VBS**

„Die Armee ist in der Lage, den Auftrag Friedensunterstützung und Krisenbewältigung zu erfüllen, indem sie in einem Krisengebiet, vor allem in Europa und in Kooperation mit anderen Streitkräften, modulartig aufgebaute Verbände nach kurzer Vorbereitung über längere Zeit einsetzen kann. Zu diesem Zweck wird die Armee ihre Fähigkeit zur internationalen Sicherheitskooperation in den nächsten Jahren konsequent weiterentwickeln, indem sie ihre Aktivitäten im Rahmen des Pfp mittels multinationaler Stabs- und Truppenübungen und bei ähnlichen bilateralen Gelegenheiten intensiviert.“

In: SIPOL B 2000, S.56

**4.1.16**

**Kurt Spillmann, Leiter der ETH-Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse**

„Wir müssen uns schrittweise Richtung NATO-Beitritt bewegen.“ In: Facts 22.6.2000

#### 4.1.17 **VBS**

YOUNG4FUN.CH

„Die Teilnahme am PARP entspricht dem Prinzip der self-differentiation und bietet der Schweiz eine ausgezeichnete Steuerungshilfe im Hinblick auf Interoperabilität und Armee XXI und die Ausgestaltung unserer künftigen Partnerschaftsprogramme. (...) Aktive Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden wird eine wichtige Rolle im evolutionären Prozess der Nato-Erweiterung spielen.“

In: [www.pfp.admin.ch/index2d.htm](http://www.pfp.admin.ch/index2d.htm)

#### 4.1.18 **Knutti, Walter, Brigadier, Kommandant Flugplatzbrigade 32**

„Der Ersatz der in der heutigen Armee abverdienenden Unteroffiziere und Offiziere durch Berufspersonal, wie es das ALB (=Armeeleitbild XXI) und die Ausbildungskonzeption vorsehen, ist wohl die grösste Herausforderung bei der Realisierung der Ausbildung XXI. Wenn es nicht gelingt, genügend Berufspersonal aller Kategorien für die benötigten Stellen zu akquirieren, oder diese Stellen durch vorhandenes Personal zu besetzen, ist die Zielsetzung und das Ausbildungsmodell in hohem Masse gefährdet. Ob dann noch die notwendige Glaubwürdigkeit in die Grundausbildung erreicht werden kann, ist mehr als fraglich.“

In: „Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift“, Nr. 11/2002

#### 4.1.19 **Walder, Ulrich, Divisionär, Kommandant Felddivision 3**

„Die vielen Truppenbesuche haben mir gezeigt, dass allseits ein grosser Wille besteht, in der Ausbildung ein Optimum zu erreichen. Die grossen Lücken, die sich in Folge des Zweijahresrhythmus und der subsidiären Einsätze im Jahre 1999 ergeben haben, werden mit viel Sachverstand und grossem Einsatz geschlossen. Allerdings gezwungenermassen leider auf einem Niveau, welches kaum mehr dem Stand am Ende der Rekrutenschule (RS) entspricht. Diese Tatsache, nebst dem spürbaren Mangel an Kadern und den kleinen Beständen, macht einen raschen Fortschritt im Reformprozess Armee XXI unumgänglich. Ob die geplante, teilweise revolutionäre Abkehr vom Bisherigen den richtigen Weg darstellt, wage ich allerdings zu bezweifeln.“

In: „Drüblatt – Zeitung der Felddivision 3“. Münsingen, August 2001

#### 4.1.20 **Walder, Ulrich, Divisionär, Kommandant Felddivision 3**

„Mit der Armee XXI verbinden sich viele Wünsche und hohe Erwartungen. Als grosser Wurf geplant, der gleichzeitig das Ausbildungsniveau erhöhen, die Betriebs- und Investitionskosten ins Lot und eine wesentliche Steigerung der Kampfkraft bringen sollte, nähert sich das Projekt mit Riesenschritten der Realisierung. Sie wird zeigen ob, bzw. bis wann die hochgeschraubten Ansprüche erfüllt werden können. Einige Versprechen, z.B. die Durchführung der ersten Wiederholungskurse durch die Lehrverbände der Kampftruppen, sind bereits still und heimlich begraben worden, weil der Mangel an Berufspersonal sich erwartungsgemäss nicht über Nacht beheben liess und die stolzen Planer, welche sich über alle ernsthaft vorgetragenen Bedenken stets mit Grandezza hinwegsetzen, sind auffallend still geworden. Fundamentale Fragen, wie die Führungsstrukturen, die Verbandsgrössen, aber auch die regionale Verankerung bleiben nicht ausdiskutiert, weil nunmehr schlicht keine Zeit mehr dafür zur Verfügung steht.“

In: „Drüblatt – Zeitung der Felddivision 3“. Münsingen, September 2002

### 4.2 **Medien - brisant**

#### 4.2.1 **BaslerZeitung**

„Die Armee XXI wird zum grossen NATO-Anpassungsschritt“

„Die Schweiz als NATO-Musterschülerin“

In: BaZ, 18.5.2000

#### 4.2.2 **Weltwoche**

„Die «Armee XXI» befindet sich auf dem klaren Kurs in die (von den USA gemanagte) Nato und wird so auch sukzessive Teil der Uno-Logik zur Bewältigung von Konflikten. Internationale Gemeinschaftsarbeit soll die autonome Verteidigung des Alpenlandes ablösen. (...)«Die traditionelle Neutralitätskonzeption und eine autonome Verteidigungs- und Sicherheitspolitik» seien «nicht das geeignete Instrumentarium», um den neuen Herausforderungen zu begegnen, meint der Bundesrat. Die Zukunft gehe er mit der Devise an: «Intensivierung der internationalen Kooperation».“

In: Weltwoche Nr. 9/03 (Engeler Urs Paul)

#### 4.2.3

#### NZZ

„Gleichzeitig hält die Landesregierung fest, dass zur Realisierung der Armee XXI auf einem mittleren technologischen Niveau jährliche Investitionen von über einer Milliarde Franken nötig seien.“

In: NZZ 27.2.2003, S.12

#### 4.2.4

#### Neue Mittelland Zeitung (Gafner, Beni)

„Die NATO als Mass aller Dinge

Internes Dokument enthüllt Interessantes zur neuen Armee XXI.

Die neue Armee XXI hat sehr viel mit der NATO zu tun. Dies beweist ein internes Dokument. (..) Zum beabsichtigten Verhältnis der Schweizer Armee zur NATO ist das Papier „Grundlagen der militärstrategischen Doktrin“ sehr aufschlussreich. Es zeigt, wes Geistes Kind die neue Armee XXI ist, in der bewaffnete Auslandseinsätze und eine enge Zusammenarbeit mit der Nato zentrale Werte sind. Im VBS wird heute auf Anfrage erklärt, dass diesbezüglich ein Paradigmenwechsel angestrebt werde. Neu ist, dass sich die Chefstrategen im VBS nicht einmal mehr gedanklich, geschweige den konzeptionell mit der Frage auseinandersetzen wollen, wie die Schweiz autonom verteidigt werden kann. Man setzt im VBS beim traditionellen Verteidigungsauftrag der Armee voll auf die Kooperation mit der Nato.

„Im Sinne der generellen Ausrichtung der Armee XXI auf die Interoperabilität wurde – wenn immer möglich – auf Unterlagen der Nato basiert“, steht gleich am Anfang des Papiers. Die Begründung ist simpel: „Im für die Schweiz relevanten strategischen Umfeld kann eine Kooperationsfähigkeit nur auf die Nato ausgerichtet sein.“ Mit der Nato bereits 1999 vereinbarte Ziele gelten als Vorgaben für mittelfristige Anstrengungen der Zusammenarbeit mit befreundeten Truppen. Die „Grundlagen der militärstrategischen Doktrin“ wurden letztes Jahr in kleinster Auflage an die Geschäftsleitung VBS und an die drei obersten ArmeepLANER abgegeben. Darin steht im Gegensatz zum Armeeleitbild punkto Zusammenarbeit mit der Nato Klartext. So geht es der VBS-Spitze offenbar darum, die gegenwärtige Armee in eine „interoperable Einsatzarmee“ umzuwandeln. Während im Armeeleitbild die Bezeichnung „Nato“ nur an wenigen Stellen zu lesen ist, steht im fraglichen Papier unmissverständlich, es gehe für die Schweizer Armee um die Angleichungen der Strukturen und Prozesse an die Nato. Des Weiteren gehe es „um eine nachhaltige Sprachausbildung in der relevanten Arbeitssprache der euroatlantischen Sicherheitskooperation, dem Englischen.“

(..) Bemerkenswert ist ein auf den ersten Blick unscheinbarer Satz auf Seite 25 des Dokuments. „Der eigentliche Einsatz als zertifizierter Verband wird in der Regel als Eigenleistung unter Integration in fremde Verbände erbracht.“ Schweizer Truppen sollen – bei Bedarf und nach Absicht des VBS – also künftig zertifiziert werden. Klar ist, dass diese Zertifizierung nach Nato-Normen erfolgen wird, wie das VBS bestätigt. (..)

In: NMZ 26.4.2001

#### 4.2.5

#### Facts

„Die Schweizer Armee ist bis in kleinste Details NATO-tauglich. Nur wagts der Verteidigungsminister nicht zu sagen. (..) Die Schweiz und ihre Armee mausern sich, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, zum absolut verlässlichen NATO-Partner – und zwar bis in die Niederungen einer Anhängerkupplung.“

In: Facts 22.6.00, S.38

#### 4.2.6

#### Weltwoche (Engeler, Urs Paul)

„Vor dem 18. Mai, dem Datum der Referendumsabstimmung, wird der Bundesrat dem Volk das Reformprojekt «Armee XXI» nochmals eng ans Herz legen und ihm zureden, nur mit einer modernen, kleineren, beweglichen Armee könne das Land noch verteidigt werden. Kürzlich aber mahnten die militärischen PLANER: «Damit die Armee XXI ihr Leistungsprofil erfüllen kann, muss sie bis 2015 einen erheblichen Nachhol- und Weiterentwicklungsbedarf decken.» Fliesse kein zusätzliches Geld, könne die Armee das festgelegte Niveau gar nicht erreichen, werde sie schon in zehn Jahren einen Technologierückstand aufweisen, der kaum mehr wettzumachen sei. Nötig würden dann «frühzeitige Absprachen für eine internationale Zusammenarbeit in der Verteidigung», also die Flucht in die Nato.

### **Phantom der Planung**

Momentan ist für Verteidigungsminister Samuel Schmid denn auch nur die «Ausgangskonfiguration von Armee XXI» gesichert. Sparen Bundesrat und Parlament, bleibt deren Zukunft mehr als offen. Oder einfacher: Dann segnet das Volk an der Urne ein Phantom der Planung ab.»

In: „Die Weltwoche“ Nr. 4 / 2003 vom 23. Januar, S. 18

#### **4.2.7 Facts**

„Ogis Armeereform XXI wird gemäss ihrer Devise „Sicherheit durch Kooperation“ aus der Schweizer Soldateska endgültig eine international einsetzbare Streitmacht formen.“

In: Facts 22.6.2000, S.38

#### **4.2.8 Tages-Anzeiger**

„Die internen Hearings zum Brunner-Bericht haben gezeigt, dass die Berufsmilitärs bei der Zusammenarbeit mit der NATO sehr weit gehen wollen. Die Armee soll (...) bewaffnete Truppen fürs Krisenmanagement bereitstellen. Fast 2/3 der 1455 Hearingsteilnehmer aus dem Departement (VBS) und Armee haben sich zu (...) weitgehender Kooperation mit der NATO bekannt. Jeder 11. wäre sogar für die Integration in die NATO.“

In: TA, 3.9.1998

#### **4.2.9 BaslerZeitung**

„Bei der NATO spielt die Schweiz als Partnerin offenbar den Musterschüler. Kein Wunder, dass die NATO der Schweizer Armee als eines der „Interoperabilitätsziele bis 2003“ nun auch die „Sprachausbildung (Military Terminology)“ gesetzt hat. Wir sollen mehr Englisch lernen – die Sprache der Euro-Atlantischen Masters of War. Zudem wird die Schweizer Mission bei der NATO um einen Beamten aufgestockt. Und das ganze Zusammenarbeits-Programm kostet jetzt schon mehr als 6 Millionen Franken im Jahr.“

In: BaZ, 18.5.2000

#### **4.2.10 Brigadier Jürg Keller**

„Die Förderung der englischen Sprache bildet einen integralen Bestandteil der Ausbildung zur Kooperationsfähigkeit auch mit ausländischen Streitkräften und soll ab Offizierslehrgang (OS) konsequent gefördert und gefordert werden.“

In: AMSZ, Nr.2/00

#### **4.2.11 BaslerZeitung**

„Unsere Soldaten werden im Ausland bestenfalls irgendwelchen Grossmächten oder Militärbündnissen hinterher marschieren können, die in ihrem eigenen Interesse irgendwo intervenieren und ihre Aktion ganz gerne mit der Anwesenheit einer Logistiktruppe aus der neutralen Schweiz zusätzlich legitimieren.“

In: BaZ, 15.3.2000

#### **4.2.12 Neue Mittelland Zeitung (Gafner Beni)**

„Zur Armee XXI: Nach den gestrigen Ausführungen von Bundesrat Samuel Schmid stossen die jährlichen Gesamtkosten von 4,3 Milliarden Franken für die Verteidigung auf das grösste öffentliche Interesse. Die Frage nach dem Sinn wird laut. Dazu ist vorerst festzuhalten, dass in Zeiten des Friedens also heute jeder Rüstungsfranken und jeder Soldat als zuviel erscheint. In Zeiten des Krieges hat demgegenüber jeder Beteiligte von beidem immer zu wenig.“

Es gilt somit Risiken abzuwägen und genau zu betrachten, wofür der hohe Betrag aufgewendet werden soll. Dabei fällt auf, dass ein Grossteil der Ausgaben für Rüstungsgüter beansprucht werden, welche die Nato von ihren Kooperationspartnern verlangt. Zum Beispiel bewaffnete Transporthelikopter (für Auslandeinsätze), interoperable Führungsmittel, usw. Wer die Frage nach dem Sinn dieser Ausgaben stellt, muss zuerst die Frage nach dem Sinn von bewaffneten Auslandeinsätzen beantworten. Würde darauf verzichtet, könnten die Kosten nämlich erheblich gesenkt werden.

Im weiteren ist die Frage zu beantworten, ob es sich lohnt für eine Armee jährlich 4,3 Milliarden Franken auszugeben, die gar nicht mehr den Anspruch erhebt, das Land autonom verteidigen zu können. Genau dies ist der Fall, wie Bundesrat Schmid gestern erneut bekräftigte. So soll es künftig darum gehen, «einen massiven Angriff zusammen mit Kooperationspartnern



aufzufangen und den Gegner in einer Offensivoperation mit Luftwaffenunterstützung abzuwehren».

Wer diesen Angriff lancieren soll und wo (im benachbarten Ausland?) dieser abgewehrt würde, wird nicht gesagt. Klar ist einzig, dass es sich bei den Partnern um die Nato handelt. Diese Erklärung ist beileibe zu vage, als dass sie solch hohe Ausgaben rechtfertigen würde."

In: NMZ, 2.5.2001

#### **4.2.13 Gindely, Georg, Journalist**

"Seit 1987 besteht in der Armee ein 3000 Mann starkes Regiment, das in Krisensituationen die Flughafenpolizei unterstützen kann. Dieses soll aufgelöst werden. "Unverständlich", findet der Klotener Divisionär Louis Geiger." [...]

In: "Anzeiger der Stadt Kloten", 20. Februar 2003, S. 1

Lezzi, Bruno, Dr. phil., Journalist, Oberst im Generalstab

"Schliesslich bedauerte der Klotener Stadtrat Ueli Studer, der im Sicherheitsbereich des Flughafens Zürich tätig ist, die geplante Auflösung des Flughafenregiments 4. Unter den gegenwärtigen Sicherheitsbedingungen sei der Schutz des Flughafens auch weiterhin durch eine Truppe zu gewährleisten, die mit den komplexen Verhältnissen bestens vertraut sei." [...]

In: "NZZ", 24. Februar 2003, S. 32

### **4.3 Weitere - überlegt**

#### **4.3.1 Jagmetti, Carlo, Dr. iur. ehemals Schweizer Botschafter in den U.S.A.**

„Wenn man jetzt nach dem Slogan „Sicherheit durch internationale Zusammenarbeit“ leben und unter Missachtung der bisher geltenden Imperative des Neutralitätsrechtes und einer konsequenten Neutralitätspolitik eine Annäherung an die NATO praktizieren will, gibt das den USA eine willkommene Möglichkeit zur Disziplinierung und zur Einbindung der Schweiz in ihre Supermachtspolitik. Eine Salamtaktik in Sachen Neutralität sollten wir uns nicht leisten, und es geht auch nicht an, den Bürgern vorzugaukeln, dass heute praktisch alles mit Neutralität vereinbar ist.“

Vortrag in Bern

#### **4.3.2 Korpskommandant Ulrico Hess**

Zur Abschaffung der Flughafenregimenter mit der Armee XXI: „Die Planer haben die Wichtigkeit des sensitiven Bereichs Flughafen nicht erkannt. (..) Genf und Zürich sind zwei ganz heikle Probleme. Innert Stunden kann sich hier die Situation ändern. (..) wenn ein Ereignis länger dauert, ist man dringendst auf die Unterstützung der Armee angewiesen. Dies wurde bislang durch die Bataillone des Flughafenregiments sichergestellt. Wenn das fehlt, sind wir im Eimer.“

In: Zürcher Unterländer vom 28.8.2002, S.3

#### **4.3.3 Standeskommission Kanton AI (= Kantonsregierung)**

„Kampfeinsätze ausserhalb des Landes und Interoperabilität lehnt die Standeskommission unmissverständlich ab.“

In: Vernehmlassungsantwort zur Armee XXI

#### **4.3.4 Schweizerischer Gewerbeverband SGV**

„Der SGV ist überzeugt, dass der bewaffneten Neutralität auch im heutigen Umfeld die entsprechende Bedeutung zukommt. Dies zwingt geradezu, unsere Armee im Hinblick auf die Verteidigung des Landes zu organisieren. Diesem Auftrag kommt absolute Priorität zu.“

In: Vernehmlassungsantwort zur Armee XXI

#### **4.3.5 Offiziersgesellschaft des Kantons Thurgau**

„Eine vorweggenommene Kooperation vor einem Angriff auf unser Land ist mit dem Neutralitätsrecht nicht vereinbar und deshalb politisch nicht opportun.“

In: Vernehmlassungsantwort zur Armee XXI

#### **4.3.6 Swissmem, Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie**

„Schliesslich erachten wir es als heikel, den Aspekt der Kooperationsfähigkeit so stark zu gewichten, wie es die Vorlage tut.“

In: Vernehmlassungsantwort zur Armee XXI

#### 4.3.7 FDP Vorstand Seegräben

„Die geplante Armee XXI gefährdet unnötigerweise die Volksverbundenheit und die allgemeine Wehrpflicht. Die bisherige Stärke der Schweizer Armee wird der Anpassung an internationale Tendenzen geopfert.“ In: Vernehmlassungsantwort zur Armee XXI

#### 4.3.8 FDP Schweiz

„Die FDP fordert trotz einem gewissen Zeitdruck ein vollständig überarbeitetes, konkretes Armeeleitbild XXI.“

In: Vernehmlassungsantwort zur Armee XXI

#### 4.3.9 FDP Vorstand Seegräben

„Auftrag der Armee: Die Armee XXI sei nicht in der Lage, unser Land selbstständig zu verteidigen. Dies ist ein trauriges, kleinmütiges Eingeständnis. Der Verfassungsauftrag wird so nicht erfüllt.“

In: Vernehmlassungsantwort zur Armee XXI

## 5 Handeln

Sie als Bürgerin oder Bürger können eine ganze Menge bewirken und wir Menschen entscheiden dadurch schlussendlich den Ausgang der Abstimmung. Nehmen Sie diese Verantwortung wahr! So können Sie dieses wichtige Anliegen unterstützen:

### 5.1 Sag es weiter!

Machen Sie die Radikalreform XXI wo immer möglich zum Thema. Sprechen Sie im Bekanntenkreis über die schwerwiegenden Folgen und zeigen Sie Alternativen auf. Fordern Sie Ihre Freunde auf, abstimmen zu gehen. Das persönliche Gespräch zwischen Menschen ist immer noch das stärkste, wertvollste und intensivste Mittel, um wichtige und ehrliche Informationen weiterzugeben und um selbst mit den teuersten Propaganda-Kampagnen locker mitzuhalten.

### 5.2 Flugblätter verteilen

Sie können bei uns oder auf unserer Internet-Seite [www.armeereform.ch](http://www.armeereform.ch) unter der Rubrik „Bestellformular“ zwei hervorragende Flugblätter zu den Themen „Sicherheit“ und „Jugend“ bestellen. Als Alternative können Sie auch die in diesem Argumentarium aufgeführten „10 guten Gründe gegen die Armee XXI“ ausdrucken und weiterverteilen. Auch schicken wir Ihnen gerne weitere Exemplare dieses Argumentariums oder Plakate. Die meisten Menschen sind Ihnen dankbar für die Informationen, da sie noch wenig über die schwerwiegenden Folgen der Radikalreform XXI informiert sind. Machen Sie mit bei Standaktionen oder organisieren Sie selber Standaktionen.

### 5.3 SMS

Schreiben Sie kurze, prägnante Sätze gegen die Armee XXI oder den Link [www.armeereform.ch](http://www.armeereform.ch) und schicken Sie diese an ihre Freunde. Hinweis: Im Internet wird auf verschiedensten Seiten der Gratis-Versand von SMS zur Verfügung gestellt.

Vorschläge:

- Informier Dich über die radikale Armee XXI auf [www.armeereform.ch](http://www.armeereform.ch) und leite dieses SMS weiter. Ich stimme NEIN am 18.5.2003!
- Die Armee 21 macht Junge arbeitslos + verlängert die RS um 6 Wochen auf 21 Wochen! NEIN am 18.Mai!
- Die radikale Armee XXI gefährdet unsere Sicherheit massiv. Darum: Leite dieses SMS weiter + stimme NEIN am 18.5.2003!
- Die radikale Armee XXI führt die CH in die NATO und macht abhängig. Darum: Leite dieses SMS weiter + stimme NEIN am 18.5.2003!

### 5.4 Mails

Schreiben Sie kurze E-Mails an Ihr ganzes Adressbuch und an alle, die Sie kennen und empfehlen Sie den Empfängern, dieses Mail ebenfalls weiterzuleiten. Die Empfänger werden Ihnen gegenüber Anerkennung für das persönliche Engagement zeigen und viele lassen sich sicher auch anstecken. Ein möglicher Text für Ihren persönlichen E-Mail-Versand wären die „10 guten Gründe“ oder Ausschnitte daraus. Weisen Sie in den E-Mails unbedingt auf den Link [www.armeereform.ch](http://www.armeereform.ch) hin.

### 5.5 Leserbriefe

Leserbriefe werden von den Zeitungs-Lesern nach wie vor sehr gerne gelesen und sie sind oft wertvoller als ein teures Zeitungs-Inserat. Schreiben Sie deshalb unbedingt in wenigen, aber aussagekräftigen Sätzen Ihre Gedanken zur Radikalreform „Armee XXI“ auf und schicken Sie diese an Ihre Zeitung und evtl. weitere Zeitungen. Auf Wunsch stellen wir gerne Emailadressen von verschiedenen Zeitungen aus Ihrer Region zur Verfügung. Melden Sie sich bei uns.

### 5.6 Spendenkonto

Der Abstimmungskampf kostet eine satte Menge Geld. Leider haben wir keine Grosssponsoren und sind auf Ihre Unterstützung dringend angewiesen. Helfen Sie uns mit einer Spende direkt auf unser Abstimmungs-PC-Konto 90-724162-3. Bei uns können Sie auch weitere Einzahlungsscheine bestellen. Das Geld wird für die Verbreitung von wichtigen Informationen gegen die Radikalreform Armee XXI verwendet.

**Jugendkomitee für eine bessere Armee reform**

Postfach 569 • 9501 Wil

**Radikalreform Armee 21**

Argumentarium

am 18. Mai

**NEIN**  
zur **ARMEE 21**

5.7

YOUNG4FUN.CH

## Veranstaltungen

Die Befürworter der Radikalreform XXI scheuen das gegenseitige Gespräch, denn es gibt schlicht und einfach kaum Argumente, die für diesen massiven Totalumbau unserer Armee sprechen. Organisieren Sie deshalb Veranstaltungen (z.B. mit Ihrem Quartierverein etc. etc.) mit Gegnern und Befürwortern oder besuchen Sie Veranstaltungen, bei denen nur Befürworter auftreten und versuchen Sie dort, Ihre Argumente einzubringen. Allein Bundesrat Samuel Schmid wird über 30 Mal an Veranstaltungen für die Armee XXI werben.

Wir organisieren Ihnen gerne für den jeweiligen Anlass passende Referenten oder vermitteln Kontakte. Melden Sie sich einfach bei uns.

## **6 Welche negativen Folgen bringt die Armee XXI mit sich?**

### **6.1 Verfassungsmäßiger Auftrag kann nicht erfüllt werden**

#### **6.1.1 Der Auftrag**

Der Auftrag der Armee ist in der Bundesverfassung (Art. 58) festgelegt:

Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Das Gesetz kann weitere Aufgaben vorsehen.

Der Bundesrat hat in seinem Bericht an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 7. Juni 1999 (SIPOL B 2000, Sicherheit durch Kooperation) den Auftrag der Armee neu formuliert:

- Beiträge zur internationalen Friedensunterstützung und Krisenbewältigung,
- Raumsicherung und Verteidigung
- Subsidiäre Einsätze zur Prävention und Bewältigung existentieller Gefahren.

#### **6.1.2 Die Verteidigung müsste das oberste Ziel der Armee sein:**

Die Verteidigung ist ein sehr wichtiger Faktor, eigentlich sollte sie als wichtigster Auftrag der Armee gelten, egal wie stabil die Lage im In- und Ausland scheint. Es ist gefährlich, wenn man auf den Nachbarn zählt (Kooperation). Ist die Situation im Umfeld der Schweiz sehr gefährlich, dann dürften die Generäle und Politiker unserer Nachbarstaaten das Wohl der Schweiz nicht als vorrangiges Problem einschätzen. Es ist fahrlässig, sich heute in die Abhängigkeit einzelner Machtbündnisse zu begeben. Niemand kann heute mit Sicherheit beurteilen, wer in 20 Jahren und Freunde bzw. Feinde sind und welche Machtbündnisse dann noch existieren.

Der Staat hat die Aufgabe, das Volk zu beschützen. Diese Aufgabe wird immer weniger ernst genommen. Das Volk hat jedoch das Recht, beschützt zu werden. Darum muss die Armee in der Lage sein, die Schweiz - so weit es geht - autonom zu verteidigen. Doch darüber wird in der Armee XXI nicht einmal mehr nachgedacht. Der neue Armeechef Keckeis bezeichnet die autonome Landesverteidigung als „Utopie“. Die Zeitschrift Facts vom 20. Februar 2003 stellte die Frage, welche Mittel man mit der Armee XXI noch habe, sich gegen Langstreckenraketen, welche die Schweiz erreichen könnten, zu schützen. Bundesrat Samuel Schmid antwortete reichlich ratlos mit „kein aktives“. Wie die Armee die Verteidigung des Landes gewährleisten will, wenn sie gleichzeitig enorm wichtige Truppen abbauen will (vor allem Territorial- und Schutztruppen, Alarmformationen, Flughafenregimenter), bleibt rätselhaft.

#### **6.1.3 Was sich mit der Armee XXI ändert**

Laut Armeeleitbild hat die Verteidigung nur noch Priorität in Fällen der direkten Bedrohung. Solche Bedrohungen seien gemäss Armeeleitbild XXI bereits zehn Jahre im voraus zu erkennen. In Friedenszeiten (wenn die Schweiz nicht einer direkten Bedrohung ausgesetzt ist) wird Friedensunterstützung als Hauptziel der Armee erwähnt. (Armeeleitbild XXI S.13)

Nur im Extremfall, also wenn das Land vor äusseren Bedrohungen steht, wird Verteidigung als erstrangige Aufgabe der Armee angesehen. Weiter wird erwähnt, dass durch internationale Kooperation die Verteidigung der Schweiz auch im Verbund mit anderen Staaten durchgeführt werden sollte. Diese Praxis führt zur geplanten Reduktion der Bestände, womit feststeht, dass die Schweiz nicht mehr autonom zu verteidigen ist. Dies führt zu Abhängigkeiten der Schweiz und wirft einige Fragen auf:

- In ganz Europa werden die Bestände der Armeen drastisch reduziert. Wenn also der gefürchtete Ernstfall eintreten sollte, ist damit zu rechnen, dass die anderen europäischen Regierungen grössere Sorgen haben werden, als sich um die Verteidigung der Schweiz zu kümmern. Die Schweiz kann so viele Verträge mit dem Ausland abschliessen wie sie will: Wenn der Ernstfall eintritt, sieht oft alles ganz schnell ganz anders aus als jetzt. Welche Überlegungen - wenn überhaupt - haben sich die Verantwortlichen für die Armee reform dazu gemacht?
- Wie soll die Schweiz als neutral gelten, wenn sie sich bereits in Friedenszeiten zur Zusammenarbeit mit anderen Ländern (vertragliche Kooperation, Interventionen usw.) verpflichten wird?

Mit der Armee 95 wurde bereits das Prinzip der Gesamtverteidigung aufgegeben. Die Schweizer Armee hat dafür mit der Armee 95 immer noch das Prinzip der sektoriellen Verteidigung (die Armee wird dort eingesetzt, wo der Angriff stattfindet, auf Kosten anderer Abschnitte, bei denen die Verteidigungsmöglichkeiten heruntergeschraubt, oder aufgelöst werden) eingeführt. Diese Änderung der Verteidigungsmöglichkeiten war eine Folge der damaligen Bestandesreduktion (von 650'000 hinunter auf 400'000 Mann). Heute - so tönt es in den üblichen Propagandaveranstaltungen, die in RS und WK's durchgeführt werden - könne die Schweiz mit einer nochmaligen drastischen Reduktion der Bestände die Verteidigung des Landes noch gewährleisten. Das ist schlicht und einfach unglaubwürdig.

- Abschaffung der Flughafenregimenter: Die Flughäfen von Genf und Kloten sind im Bezug auf ihre Sicherheit sehr anfällig. Dennoch wird das Flughafenregiment mit der Armee XXI abgeschafft. Genf und Zürich sind zwei ganz heikle Probleme. Innert Stunden kann sich hier die Situation ändern. Die Flughafenpolizei ist zwar sehr kompetent und personell gut dotiert, doch wenn ein Ereignis länger dauert, ist sie dringend auf die Unterstützung der Armee angewiesen. Dies wurde bislang durch die Bataillone des Flughafenregiments sichergestellt.  
Wirklich unverständlich, denken wir nur an den 11. September.
- Die Festungen vom Gotthard und vom Grossen Sankt Bernhard wurden entwaffnet. Es ist unglaublich, wie hinter dem Rücken des Volkes die Landesverteidigung abgeschafft wird. Sicher hat der Alpenraum heute nicht mehr die gleiche Bedeutung wie in den letzten Jahrzehnten. Dennoch sollten die schon vorhandenen Festungen unterhalten werden. Gerade in der Armee sollte man immer auch das worst-case-scenario miteinberechnen.

#### 6.1.4 **Schlussfolgerungen**

Unsere Armee diene bisher primär der Selbstverteidigung im Notfall. In Europa und Amerika werden Truppen zum globalen Kriegseinsatz und für die Protektorate im Kosovo, Irak und Afghanistan geschaffen. Unsere Armeepaner richten sich auf NATO und EU aus und planen ständig bereite Schweizer Sonderkommandos für den weltweiten Einsatz. Das wäre erst der Anfang. Wenn Grossmächte und Militärbündnisse heute völkerrechtswidrig ihre Interessen mit Krieg durchsetzen, darf sich ein neutrales Land nicht dafür vereinnahmen lassen. Es müsste im Gegenteil von den Grossen deutlich Recht und Menschlichkeit einfordern. Dies ist unsere Verantwortung für den Frieden.

In der heutigen Welt setzen Grossmächte ihre Interessen wieder völkerrechtswidrig mit Krieg durch. Macht geht vor Recht. In Europa und Amerika werden hochmobile Truppen für die Protektorate und für die kommenden Kriege geschaffen. Unsere Armeepaner wollen mitmachen. Bedarf es nicht gerade jetzt, wenn das VBS einen NATO-Kurs einschlagen will, einer Milizarmee, die sich nicht vereinnahmen lässt? Um glaubwürdige Raumsicherheits- und Verteidigungsmassnahmen ergreifen zu können, müssen folgende Punkte beachtet werden:

- Im Ernstfall kann man nicht unbedingt mit der Hilfe fremder Länder rechnen. Autonome Verteidigung muss deshalb durchführbar sein.
- Um das Land zu verteidigen, braucht es mehr Truppenbestände als in der Armee XXI vorgesehen.
- Besondere Truppen wie Gebirgstruppen und Festungssoldaten müssen mindestens in unveränderter Stärke beibehalten werden
- Der Bevölkerungsschutz muss ebenfalls auf den Ernstfall vorbereitet werden. Anpassungen sind wenn nötig vorzunehmen.
- Abbau an Schlagkraft und Bestand ist die falsche Antwort auf die sicherheitspolitischen Bedürfnisse der Zukunft

*Offizielle Dokumente räumen ein, dass der verfassungsmässige Auftrag der Landesverteidigung durch die Armee XXI nicht erfüllt werden kann:*

*"Gegen einen überlegenen Gegner modernster Art hätte die Armee XXI wenig Erfolgchancen und ist nicht für diesen Fall konzipiert. Gegen einen gleichwertigen Gegner fehlen der Armee XXI primär Luftwaffen-, aber auch Heeresseitig wesentliche Teile zur operativen Angriffsfähigkeit, um einen eingedrungenen Gegner aus unseren Territorium hinauszuerwerfen oder im Grenznahen Ausland zu vernichten".*

(In: Armeeleitbild XXI)

Ebenfalls im Artikel 58 der Bundesverfassung wird festgehalten: "Die Kantone können ihre Formationen zur Aufrechterhaltung der Öffentlichen Ordnung auf ihrem Gebiet einsetzen.". Mit der Armee XXI werden jedoch die kantonalen Truppen abgeschafft.

## 6.2 Benachteiligung der Jugend im Beruf und im Studium

Ein bedeutender Nachteil, den die Armee XXI mit sich bringt, bildet die Verlängerung der Rekrutenschule und die jährliche Durchführung der Wiederholungskurse in den frühen Dienstjahren.

Einerseits werden durch diese Neuerungen Studenten massiv benachteiligt. Die verlängerte RS (neu bis 21 Wochen) kann nicht mehr auf den Beginn der Universität und der Fachhochschule abgestimmt werden. Dies hat zur Folge, dass die Jugend weit weniger motiviert sein wird, Militärdienst zu leisten. Für eine Milizarmee ist das kontraproduktiv und schädlich. Auch wird z.B. das Abschlussalter erhöht, was auch der Wirtschaft - welche auf junge Berufseinsteiger angewiesen ist - Nachteile bereitet.

Für die Jugendlichen, welche vor dem Militärdienst eine Lehre abgeschlossen haben, wird die Stellensuche ungleich schwieriger als heute. Da sie im Alter von 20 bis 26 jährlich einen WK absolvieren müssen, ist damit zu rechnen, dass Unternehmer eher auf ältere Bewerber (ab 27 Jahre) oder auf Junge Ausländische Arbeitskräfte (C-Bewilligung) ausweichen werden. Die Armee XXI fördert also - ohne es zu wollen - die Jugendarbeitslosigkeit der Schweizer. Deren - auch längerfristige - negative Folgen für die Gesamtwirtschaft dürften bekannt sein:

- Der Karriereaufstieg muss um Jahre verschoben werden.
- Von den RS-Abgängern werden weniger qualifizierte Berufsleute ausgebildet.
- Viele Jugendliche beginnen zwischen 25 und 30 Jahre mit ihrer Familienplanung. Während dieser Zeit muss ein festes Einkommen garantiert sein. Da bleibt kein Raum um Karriereschulen und Kurse zu besuchen.

Für Jungunternehmer ist die Situation noch gravierender, müssen sie doch zu oft von ihrer Firma fernbleiben, obwohl viele von ihnen für das Überleben des Betriebes unerlässlich sind, da sie am Anfang ihres Geschäftstätigkeit stehen, und dieses erst richtig aufbauen müssen.

Die Armee XXI nimmt keine Rücksicht auf die Wirtschaft und die Jugend, sie will auf deren Kosten unser Land Schritt für Schritt in Internationale Krisen verwickeln.

Diese negativen Auswirkungen werden die Gesamtwirtschaft der Schweiz in Mitleidenschaft ziehen. Dass verschiedene Wirtschaftsverbände mehrfach kritische Stellungnahmen zur Armee XXI abgegeben haben, zeigt dies deutlich. Als Beispiel sei folgendes genannt:

(Quelle: Schaffhauser Nachrichten, Dienstag 11. Juni 2002, Inland)

### 6.2.1 ARMEE XXI: BRIEF AN BUNDESRAT SCHMID

#### 6.2.1.1 Geballte Kritik der Wirtschaft

bern. In einem Brief an Bundesrat Samuel Schmid und «ausgewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier» äussern die drei wichtigsten Schweizer Wirtschaftsverbände massive Kritik am Ausbildungskonzept der Armee reform XXI. Der Brief von Anfang Juni, der den "Schaffhauser Nachrichten" vorliegt, ist vom Präsidenten des Wirtschaftsdachverbandes **Economie Suisse**, Ueli Forster, vom Präsidenten des **Arbeitgeberverbandes**, Fritz Blaser, und von Hans-Rudolf Früh, dem Präsidenten des **Schweizerischen Gewerbeverbandes**, unterzeichnet. Die drei Präsidenten fordern eine Grundausbildungszeit von 18 Wochen für Rekruten, anstelle der von Bundesrat und nationalrätlicher Sicherheitspolitischer Kommission befürworteten 21 Wochen. Über den Umstand, dass die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (Sik) in entscheidenden Punkten von jenem Ausbildungskonzept abweicht, das der Ständerat als Erstrat genehmigt hatte, zeigen sich die Verbandspräsidenten «ebenso erstaunt wie beunruhigt». **Eine Verlängerung der Rekrutenschule (RS) auf 21 Wochen führe zu unnötigen Zeitverlusten in der zivilen Ausbildung und werde zahlreiche potenzielle Kaderkandidaten vom Einstieg in die militärische Führungslaufbahn abhalten, heisst es im Brief.** Die RS soll so kurz gehalten werden, «dass auch Studierende ohne Verlust von Semesterwochen oder sogar eines Studienjahres ihre militärische Ausbildung absolvieren können.» In einem zweiten Punkt fordert die Wirtschaft mit Nachdruck «eine ganzheitliche militärische Laufbahn und keine Schnellbleiche, welche letztlich in ein Zweiklassensystem mündet». Wie bisher müsse die Führungserfahrung über alle Stufen erworben werden können. Dieser Vorteil gegenüber ausländischen Modellen dürfe aus Wirtschaftssicht nicht geopfert werden. Gemäss den Vorschlägen im Rahmen der Armee reform XXI soll der angehende Offizier

nach einer verkürzten Rekrutenschule direkt in die Offiziersschule einrücken und dann abverdienen. Nach diesem Konzept erwirbt der Offizier im Unterschied zur heutigen Praxis keinerlei Erfahrung als Unteroffizier. Dies kritisiert die Wirtschaft: «Die Führungsausbildung weist entscheidende Lücken auf und ist nicht sauber aufgebaut.» So entstehe die Gefahr, dass sich innerhalb der Führung Kasten bilden und die jungen Offiziere überfordert würden. «Wenn sich in der Folge fähige Milizkräfte von der Kaderlaufbahn abwenden, wird sich die Armee XXI mehr und mehr professionalisieren und ihre Verankerung in der Bevölkerung verlieren», befürchten die Unterzeichner des Briefes, Forster, Blaser und Früh. Nach ihrer Auffassung führen die Vorschläge von Bundesrat und Nationalratskommission «zu Fehlentwicklungen, die sich langfristig für die Wirtschaft, vor allem aber für die Armee und ihre Einbettung in die Gesellschaft, negativ auswirken».

Diese Stellungnahme der wichtigsten Wirtschaftsverbände der Schweiz belegt, dass die Armee XXI der Wirtschaft erheblichen Schaden zufügen wird.

### 6.3 **Qualitativ schlechtere Ausbildung der Rekruten und Kaderleute**

Die Militärausbildung erfolgt ganz nach dem US- und NATO-Vorbild. In der Armee XXI sollen nach bereits 7 Wochen ein Teil der Rekruten in die Offiziersschule, andere in die Unteroffiziersschule verlegt werden. Wer in Zukunft Offizier wird, muss bedingungslos die Meinung des VBS vertreten.

Bisher mussten die Armeeangehörigen, welche eine Militärkarriere vor sich hatten, Schritt für Schritt aufsteigen. Um die Truppen auszubilden, hatten die Offiziere und Unteroffiziere nicht nur theoretisches Schulwissen, sondern auch praktische Erfahrung.

Mit dem neuen Modell wird genau das Gegenteil erreicht. Rekruten werden zum Offizier oder Unteroffizier gedrängt, ohne eine ganze RS absolviert zu haben, was zu fehlendem Praktischem Wissen und Erfahrungen führen wird.

Der 19jährige wird zum Elitemenschen ohne Felderfahrung. Die RS wird also - trotz Verlängerung - nicht bessere Soldaten formen, sondern die Rekruten Offizieren überlassen, die ein lückenhaftes Verständnis gegenüber ihren Untergebenen aufweisen werden.

Dies führt unweigerlich dazu, dass die gesamte Truppe in Mitleidenschaft gezogen wird. Eine Armee, in der die Ausbildung ein zu niedriges Niveau erreicht, ist weder einsatzfähig noch glaubwürdig.

Bei den Durchdienern wechseln die Kaderleute alle 6 Wochen. Dies führt zu einer Ausbildung ohne Kontinuität. Die Rekruten müssen immer neue Offiziere kennen lernen, welche nicht mehr gleich viel Erfahrung haben wie Offiziere, welche eine ganze RS absolviert haben. Dies ist der Milizarmee fremd und schwächt den Truppenzusammenhalt, und somit auch den Zusammenhalt in unserem Land der verschiedenen Kulturen.

### 6.4 **Gefährliche Folgen des neuen Aushebungsverfahrens**

Der Bundesrat hat die Verordnung über die Rekrutierung auf den 1. Mai 2002 geändert. Die Rekrutierung wird zentralisiert und nur noch an 6 Standorten in der Schweiz durchgeführt. Gegenüber der bisherigen Aushebung unterscheidet sich die Rekrutierung für die Armee XXI in wesentlichen Punkten:

- Sie wird nicht mehr kantonale durchgeführt, sondern in Folge der allgemeinen Zentralisierungs-Euphorie, die im VBS herrscht, nur noch an 6 Orten in der Schweiz.
- Sie dauert drei Tage (Bisher ein Tag, im Übergangsjahr 2003 zwei Tage) und kann für Eignungs- oder Fachprüfungen um bis zu 2 Tage verlängert werden.
- Es sind unverschämt intime Fragen zu beantworten (Sexualleben, politische Einstellung und Mitgliedschaften). Total sind gemäss VBS rund 800 Fragen zu beantworten. Allein der neue Psycho-Check umfasst rund 360 Fragen. Die Antworten werden am Computer sofort gespeichert und ausgewertet. Es entsteht die grösste Staatsfiche in der Geschichte der Schweiz.
- Die jungen Frauen und Männer werden auch nach ihren Vereinsmitgliedschaften und nach ihrer politischen Meinung befragt. Es wird getestet, wer sich einen Einsatz im Ausland vorstellen kann. Wer sich dies nicht vorstellen kann oder gar kritisch zur den Auslandseinsätzen der Schweizer Armee äussert oder wer Mitglied in politisch unangenehmen Vereinen oder Parteien ist, wird vermerkt. Die Chancen auf die Absolvierung einer oder mehrerer Kaderschulen dürften dadurch um etwa 95% sinken. Dies obwohl die Armee dringend Kaderanwärter braucht.

- Alle - oft tief in die Privatsphäre der Jungen eingreifenden - Angaben werden notiert. Dadurch entsteht die grösste Staatsfiche in der Geschichte der Schweiz, welcher sich JEDER junge, männliche Schweizer stellen muss.
- Schon bei der Rekrutierung wird bestimmt, welche militärische Laufbahn der zukünftige Rekrut einschlagen wird. Dass es dabei zu Fehleinschätzungen kommen wird, ist so gut wie sicher. Mehr als ein Jahr vor Beginn der eigentlichen Dienstzeit kann noch nicht genau ermittelt werden, wie eine Person mit dem Militäralltag zurechtkommt, und ob sich diese auch wirklich als Kader bewähren kann. Die Armee wird durch diese Rekrutierung in Zukunft massiv an Vielfalt in der Ausgestaltung der zukünftigen Reformen verlieren und eine gefährliche Ausgrenzung verschiedener Meinungen macht unsere Milizarmee ungläubwürdig.

Inzwischen ist die neue Rekrutierung in den ersten Zügen bereits umgesetzt.

## 6.5 Die Armee XXI trägt den aktuellen Bedrohungen nicht Rechnung

Im Armeeleitbild wird zurecht darauf hingewiesen, dass eine konventionelle militärische Bedrohung wieder entstehen könnte und dass die Schweiz in der Lage sein soll, das Land zu verteidigen. Fraglich bleibt nur, wie sich diese Sachlage mit dem massiven Bestandesabbau an Wehrpflichtigen verträgt. Richtigerweise wird erkannt, dass Informationen ein begehrtes Ziel allfälliger Gegner sein werden. Um sich effizient zu schützen, muss auf Unabhängigkeit der Armee in den Bereichen Informationen/Nachrichten gegenüber dem Ausland geachtet werden. Doch genau da hapert es: Die Armee XXI ist gegen Informationskriege sehr anfällig.

Im Informationskrieg spielt das Internet eine führende Rolle. Die Armee hat sich auf solche Bedrohungen vorzubereiten, besonders was Datenschutz und Kommunikation anbelangt. Internationale Kooperation wird hier zur unerwarteten Gefahr, indem die Armee vermehrt mit Verbündeten Kontakte aufrecht erhält, wird sie transparenter und berechenbarer. Bis 1990 hatten ausländische Armeeeleute und Politiker die Schweizer Armee als gute und glaubwürdige Armee angesehen. Bald soll sie aber nur noch Kopie einer kleineren NATO-Armee sein.

## 6.6 Vermehrte Zentralisierung

Die Rolle des Chefs der Armee deutet auf vermehrter Zentralisierung hin. Die regionale Verankerung der Armee, die durch kantonale Verbände gewährleistet wird, soll verschwinden. Das Modell einer Armee, die von einem Chef geleitet wird, wurde vermutlich dem deutschen Modell abgeschaut. Dies obwohl unser östlicher Nachbar Österreich - auch ein Kleinstaat - zurück zum Generalstabschef gekommen ist, wegen negativen Erfahrungen mit einem Chef der Armee.

Fragwürdig scheint auch die Art und Weise, wie der Chef der Armee eingesetzt wird. Dieser soll nicht auf demokratischer Basis vom Parlament gewählt werden, sondern direkt durch den Bundesrat eingesetzt werden. Die Aufhebung der kantonalen Verbände ist nicht nur in traditioneller Sicht ein Verlust. Die Autonomie der Kantone - und somit der Föderalismus als solcher - wird geschwächt, und die Verteidigungsfähigkeit wird heruntergeschraubt. Die Zentralisierung ist in einem Ernstfall schädlich. Die Armee kann durch Ausschaltung ihrer Leiter mit vergleichsweise wenig Aufwand zerschlagen werden.

## 6.7 Schwächung des Milizsystems und Schaffung einer Zweiklassenarmee

Eine Milizarmee hat bringt viele Vorteile mit sich. Sie ist günstiger als eine Berufsarmee, bei der die Soldaten ein Erwerbsleben lang Lohn erhalten müssen. Dies bedeutet also weniger Steuerbelastung für eine Armee, die recht grossen Bestände aufweisen kann.

Vorallem aber ist die Milizarmee im Volk tief verankert. Die Tatsache, dass der Soldat auch Zivilist ist, führt zu besserem Verständnis und Wissen über die Werte und Leute, die man verteidigt. Jeder Angehörige der Armee hat eine Familie, Freunde oder Nachbarn, bei denen er weiss, dass es sich lohnt, sich zu ihrem Schutz einzusetzen. Wenn sich Soldaten in einer Berufsarmee Jahre hinter Kasernenmauern verbringen, vergessen sie, welche Aufgabe ihnen zugetraut wird. Der Kontakt zum Zivilleben ist schwach. Bei der Milizarmee kann hingegen auch von Erfahrungen und Weiterbildungen der Armeeeangehörigen im Zivilleben profitiert werden. Die Volksnähe der Soldaten zu den Zivilisten vermindert das Risiko, dass die Armee gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wird. Die Armee ist kein Staat im Staat.

Ein weiterer Vorteil bildet den Austausch von zivilem Wissen in der Armee und von militärischen Erfahrungen und Wissen im Beruf.

## 6.8 Armee XXI und Miliz

### 6.8.1 Zweiklassenarmee

In der Armee XXI werden Angehörige der Miliz nur als zweitklassige Soldaten angesehen. Wichtige Vorhaben werden alle von Berufsmilitärs und Zwittern zwischen Berufs- und Milizleuten (Durchdiener, Zeitsoldaten) unternommen. Die Miliz wird nur dann zu Hilfe geholt, wenn die Berufsgruppen alleine nicht mehr weiterkommen (=bereits versagt haben). Das führt zu einer Zweiklassenarmee.

Es herrscht ein allgemeiner Trend, das Milizprinzip auszuhöhlen, die Miliz wird nur noch blosses Lippenbekenntnis sein.

Auch im Bereich Katastrophenhilfe: was bisher von Milizformationen durchgeführt wird, soll in Zukunft den Berufssoldaten und Durchdienern vorenthalten werden.

Solches Denken wird dazu führen, die Milizangehörigen in der Ausbildung zu vernachlässigen, die Armee wird für die angehende Soldaten uninteressanter.

Das Ansehen der Armee wird insgesamt kleiner. Die Tatsache, dass Durchdiener und Zeitsoldaten eine interessantere Dienstzeit absolvieren werden, führt zur zunehmenden Unbeliebtheit der Milizleute, auch bei den Zivilleuten, die keinen Dienst geleistet haben.

### 6.8.2 Reserve

In der Armee XXI ist eine Reserve mit einem Bestand von rund 80'000 Mann vorgesehen. Diese Armeeeingehöri gen dienen nur zur Beschönigung der Grösse des Bestandes der Armee

Da sich in den Reserveformationen Soldaten befinden die seit mehreren Jahren keine Ausbildung mehr hinter sich haben, bleibt die Tatsache, dass diese Einheiten nicht die gleiche Kampfkraft wie andere Einheiten erreichen können.

Dieser gewichtiger Nachteil wurde bisher einigermassen ausgeglichen, kann sich doch heute die Reserve den Kampftruppen anpassen.

## 6.9 Demokratiedefizit

Das Militärgesetz schafft die Direkte Demokratie in wichtigen Militärfragen ab.

Gemäss geplantem Militärgesetz sollen Bundesrat und Bundesversammlung zentrale Armeebelange in Verordnungen regeln können. Diese Verordnungen unterstehen aber nicht dem Referendum. Dadurch hätten die Behörden in der Zukunft freie Bahn, die Armee ohne Mitbestimmung des Volkes umzugestalten.

Nachzulesen im Artikel 149b Abs. 2 des neuen Militärgesetzes:

«Der Bundesrat konsultiert die zuständigen parlamentarischen Kommissionen, bevor er grundlegende Änderungen in den Bereichen der Ausbildung, des Einsatzes oder der Organisation der Armee einführt.»

Darum ist der Entscheid über die Armee XXI von so hoher Wichtigkeit: Heute wird entschieden, ob das Stimmvolk morgen mitreden darf oder ob es der Armeeführung überlassen wird zu entscheiden, in welche Richtung es zukünftig gehen soll.

Ein weiteres Problem zeichnet sich bei der Frage, ob man in Zukunft die Armee mit einer Volksinitiative umgestalten kann. Dass die Armee XXI sich in wichtigen Punkten der Verfassung widersetzt (Verteidigungsauftrag; Milizprinzip) deutet darauf hin, dass eine allfällige Verfassungsänderung nicht auch die Armee ändern wird. Die Frage stellt sich auch, wie die Verfassung geändert werden soll: Da bereits heute die Landesverteidigung in der Verfassung verankert ist, kann man diesen Auftrag nicht einführen. Dieser Auftrag an die Armee wird von den verantwortlichen Politikern einfach missachtet.

Auch hier erkennt man, welcher Weg mit der Armee XXI eingeschlagen werden soll: Eine Armee als aggressives Kriegskonzept, die durch internationale Kooperation mit der NATO oder der WEU Einsätze durchführen wird.

Der Weg zu einem allfälligem NATO-Beitritt wird bereits durch eine allfällige Annahme der Armee XXI geebnet.

## 6.10 Die Armee XXI steht im krassen Widerspruch zur bewährten Neutralitätspolitik

YOUNG4FUN

Die Neutralität hat sechs Hauptfunktionen:

1. die Schutzfunktion
2. die Integrationsfunktion (innerer Frieden)
3. die Unabhängigkeitsfunktion
4. die Freihandelsfunktion
5. die Gleichgewichtsfunktion (zwischen den Grossmächten)
6. die Dienstleistungsfunktion (gute Dienste, Vermittlung)

Da die geplante Armee reform auf vermehrter Zusammenarbeit mit ausländischen Armeen beruht und da die Schweizerische Neutralität nur dann ihre volle Wirkung erzielen kann, wenn sie vom Ausland als glaubwürdig angesehen wird, besteht das Risiko, dass die Neutralität der Schweiz via Armee reform endgültig aufgegeben wird.

Von den oben erwähnten sechs Funktionen der Neutralität, wäre die Schutzfunktion nicht mehr garantiert, da sich die Schweiz Feinde schafft und die Neutralität nicht mehr glaubwürdig wäre; der innere Friede wäre schon durch das Konfliktimport-Risiko gefährdet; Die Unabhängigkeit wird in militärischen Fragen aufgegeben. Die Schweiz darf nicht zur Handlangerin und Dienerin der Grossmächte werden. Die Guten Dienste könnten in Zukunft ebenfalls nicht glaubwürdig vertreten werden. Die Neutralität der Schweiz beruht nicht einfach auf Verträge und Abkommen. Sie lebt von ihrer Glaubwürdigkeit und von ihrem Ansehen in der ganzen Welt. Wird ihr Ansehen geschwächt, dann verliert sie an Glaubwürdigkeit.

## 6.11 Theoretische Pläne, die in der Praxis nicht durchführbar sind

Im Armeeleitbild gibt es 2 fragwürdige Behauptungen: erstens die Vorwarnzeit von fünf bis zehn Jahren und zweitens das Aufwuchsprinzip.

### 6.11.1 Die Vorwarnzeit:

Im Armeeleitbild XXI geht man von einer Vorwarnzeit von 5 bis 10 Jahren für bewaffnete Konflikte aus. Dass die Vorwarnzeit total aus der Luft gegriffen ist, ist offensichtlich.

In den Jahren 1904 bis 1909 hat niemand den ersten Weltkrieg vorausgesehen. Die Lage in Europa schien stabil. Deutschland und Frankreich führten (trotz der zwischen ihnen immer wieder aufgeflamnten Feindschaft in der Vergangenheit) einen etwa gleich grossen Wirtschaftsverkehr wie heute. Im Zeitraum von 1929 bis 1934 wurde auch der Zweite Weltkrieg nicht vorausgesehen. Die Situation war damals - genau wie heute - als sicher eingeschätzt worden. Verschiedene Kriterien spielten dabei eine Rolle: Der Völkerbund wurde als bedeutende Organisation angesehen, die einen allfälligen Krieg verhindert hätte. Der ehemalige Feind Deutschland lag wirtschaftlich am Boden, niemand konnte auch nur erahnen, was Adolf Hitler im geheimen aufbauen würde, Deutschland wurde als schwach und kriegsunfähig angesehen. Die Anschlüsse des Rheinlandes, Österreichs und eines Teils der Tschechoslowakei ereigneten sich nach Ablauf der Vorwarnzeit (so wie sie die Armee XXI-Planer vorsehen).

Heute ist die Situation jedoch weitaus gefährlicher als damals. Kriege werden schneller in Erwägung gezogen (Kosovo). Die Weltlage ist sehr schwierig zu überblicken, Durch den Machthunger der Grossmächte ist niemand mehr sicher, egal wo er sich befindet. Es geht schneller als je zuvor.

### 6.11.2 Das Aufwuchsprinzip:

Das Aufwuchsprinzip sieht vor, eine progressive Steigerung des Bestandes der Armee innert einem längeren Zeitraum zu erreichen.

- Aus dem Stand sind nur Durchdiener und Zeit- sowie Berufssoldaten einsatzfähig.
- Die totale Kampftauglichkeit der Armee wird erst in einigen Jahren erreicht worden sein, was heissen will, dass der Feind sich mehrere Jahre Zeit lassen soll um die Schweiz vollständig zu erobern, damit die Armee auch ja vollständig aufgeboten werden kann.
- Zeitvergleich: in drei Jahren (1939-1942) hat Hitler fast den ganzen europäischen Kontinent, Nordafrika und weite Teile der Weltmeere kontrolliert. Heute aber soll es innerhalb dieses Zeitraumes möglich sein, den Kleinstaat Schweiz zur Verteidigung Vorzubereiten.

Die Schweiz ist keine Grossmacht welche durch zwei Ozeane geschützt ist. Die Anwendung des Aufwuchsprinzips mag für ein Land wie die USA denkbar sein, für ein Kleinstaat ist dieses Prinzip das allerletzte.

### 6.11.3 **Fazit**

Die Armee XXI ist auf solchen Gedanken aufgebaut. Sie basiert auf einem sicheren Umfeld, in dem es in den nächsten Jahren mit Sicherheit keinen Krieg geben wird.

Wie kommen unsere Armeepaner eigentlich auf solche stupide und gefährlichen Ideen? Ihre Aufgabe ist eigentlich, eine Armee zu konzipieren, welche mit dem schlimmstmöglichen Fall fertig wird. Doch die Armeepaner haben selber immer wieder gesagt, sie würden schon gar nicht an ein "Worst-case Szenario" denken.

Wir leben heute in einer Zeit, in der - trotz all den internationalen Organisationen - Stabilität ein Fremdwort ist. Der Krieg im Kosovo wurde von der NATO ohne Ermächtigung des UNO-Sicherheitsrates geführt. Die Amerikaner haben eine neue Doktrin, welche "präventive Kriege" zulässt. Die geschichtlichen Tatsachen machen mehr als deutlich, dass ein Land in jeder Zeit und Lage die Möglichkeit, sich zu verteidigen, niemals aufgeben darf. Es darf nicht sein, dass eine Verteidigungsarmee durch so krasse Fehlplanung amputiert wird. Wir fordern eine Armee, welche mindestens sektoriell eine sofortige Verteidigung - auch in die Tiefe - aufbauen kann.

### 6.12 **Hohe Kosten für wenig Leistung**

Die Armee XXI ist an sich eine stark reduzierte Interventionsarmee. Der Truppenbestand sinkt von 350'000 Mann auf 220'000 (Reserve inbegriffen). Das ist eine Reduktion um 37%. Es erstaunt daher, dass trotz diesem massiven Abbau an Personal das Budget der Armee XXI nicht reduziert wird. Es soll bei 4.3 Milliarden Franken jährlich bestehen bleiben. Blickt man auf die Ausgaben des VBS, so wurden für das Übergangsjahr 2003 sogar 4.8 Milliarden budgetiert (Gemäss Botschaft zum Vorschlag 2003). Es ist unverständlich, warum eine so stark reduzierte Armee so teuer zu stehen kommt. Mehrausgaben, die durch internationale Einsätze und neue Materialeinkäufe zur Erreichung der Interoperabilität verursacht werden, sind der Grund für diese Verteuerung.

Eine Radikalreform bringt riesige Kosten mit sich. Auch die mit der Armee XXI vorgesehene Intensivierung der Auslandseinsätze, die Aufrüstung und die Aufstockung des militärischen Personals (Berufsmilitär) kosten Millionen. Immer wieder haben Planer darauf hingewiesen, dass zur Umsetzung der Armee XXI massiv mehr Geld nötig ist. (z.B. „Gleichzeitig hält die Landesregierung fest, dass zur Realisierung der Armee XXI auf einem mittleren technologischen Niveau jährliche Investitionen von über einer Milliarde Franken nötig seien.“ In: NZZ 27.2.2003, S.12). Diese Milliarden sind nicht vorhanden und dürfen keinesfalls in eine masslos übertriebene Armee reform investiert werden. Die Armee XXI hat kein Finanzkonzept und übertreibt. Eine Reform mit Mass, wie wir sie vorschlagen, kostet weit weniger und ist näher an der gesellschaftlichen und finanziellen Realität. Diese Mittel, welche das VBS zur Verfügung hat, sollten verfassungsmässig eingesetzt werden.

### 6.13 **Armee XXI umgeht UNO und OSZE**

Die Armee XXI erlaubt es der Schweizer Armee, Kriegseinsätze wie etwa den Irak-Krieg zu unterstützen. Während bisher für Auslandseinsätze der Schweizer Armee ein UNO- oder OSZE-Mandat nötig waren, fällt dies mit der Armee XXI weg. Mit Humanität hat diese Vorlage nichts zu tun.

Die Armee XXI soll die Teilnahme an «friedensunterstützenden» Operationen regeln. Dieser Begriff aus der US-Nato-Sprache umfasst gemäss der offiziellen Definition des VBS auch «friedens erzwingende Einsätze». Damit sind militärische Zwangsmassnahmen ohne Zustimmung der Parteien gemeint. Und dies bedeutet: Krieg. Das Parlament hat alle Anträge abgelehnt, welche die Teilnahme an solchen Einsätzen ausschliessen wollten.

## **7 Kernforderungen für eine bessere Armee reform**

### **7.1 Politische Rahmenbedingungen**

#### **7.1.1 Zweck der Armee gemäss Bundesverfassung: weitere Aufgaben sind zweitrangig**

Die Armee ist der Einhaltung der in der Bundesverfassung vorgegebenen Richtlinien verpflichtet. Verteidigung und Unterstützung ziviler Institutionen bei ausserordentlichen Lagen werden im Artikel 58 explizit erwähnt. Sie sind daher als wichtigste Aufträge der Armee anzusehen. Weitere Aufträge, die im Gesetz erwähnt sind, selbstverständlich auch. Die Armee muss aber die Verteidigung von Land und Volk gewährleisten. Auslandseinsätze, welche im Gesetz verankert sind, dürfen nicht die Grundlage zur Ausrichtung der Armee XXI sein. Dieser Auftrag ist zweitrangig und daher nicht als entscheidende Grösse zu sehen.

Young4FUN.ch fordert eine Armee, die die Verteidigung der Schweiz als wichtigsten Auftrag anerkennt und sich danach strukturiert.

#### **7.1.2 Neutralität muss gewahrt bleiben**

Die Neutralität ist in der Verfassung verankert. Die Aufträge der Armee müssen daher neutralitätskonform sein. Die Armee darf niemals in einem Konflikt, der die Schweiz nicht betrifft, eingesetzt werden. Die Wichtigkeit der Neutralität zeigt sich in der jetzigen Weltlage überdeutlich.

Young4FUN.ch fordert eine Armee, welche die Neutralität stärkt und nicht eine Armee, welche die Neutralität de facto abschafft.

#### **7.1.3 Keine NATO-Annäherung**

Da die NATO sich zu einem Offensiv-Bündnis entwickelt hat, ist die Frage einer NATO-Annäherung bereits beantwortet: Sie bedeutet die Aufgabe der Neutralität und die Abhängigkeit unserer Armee von Grossmächten. Die damit verbundene Politik der "Verteidigung im operativen Vorfeld" führt dazu, dass die Schweiz selbst zum operativen Vorfeld unserer Nachbarn wird. So werden neue Risiken geschaffen.

Young4FUN.ch fordert eine Armee, die als unabhängige Armee handlungsfähig ist. Sie darf nicht auf dem Konzept „Unsicherheit durch Kooperation“ basieren und sich zum Handlanger von Grossmächten machen.

#### **7.1.4 Klammerfunktion der Armee beachten - auch Randregionen berücksichtigen, Föderalismus**

Die Schweiz ist als Land mit vier Kulturen und Sprachen bekannt. Die Armee hat auch da eine Aufgabe wahrzunehmen. Durch die Zentralisierung vernachlässigt sie diese Aufgabe nicht nur, sondern sie wird genau das Gegenteil erreichen. Der Schutz aller Kantone und der Zusammenhalt des Landes werden geschwächt.

Young4FUN.ch fordert eine Armee, die an den in Art. 58 der Bundesverfassung erwähnten kantonalen Truppen festhält.

#### **7.1.5 Dienstzeiten müssen der Wirtschaft und den Betroffenen entgegenkommen**

Mit der Armee XXI werden die Dienstzeiten (RS und WK) so umorganisiert, dass sie für die Betroffenen nur Nachteile bringen. Mehr Jugendarbeitslosigkeit und ein erschwertes Studium werden Konsequenzen sein, welche die Jugend stark betreffen.

Young4FUN.ch fordert eine Armee, die den Bedürfnissen der Jugend gerecht wird, sich an die gesellschaftlichen Veränderungen anpasst und die der Wirtschaft keine schwerwiegende Nachteile einbringt.

#### **7.1.6 Zurück zu einem zweckmässigen Aushebungsverfahren**

Das Rekrutierungsverfahren der Armee XXI ist schlichtweg skandalös. Verfrühte Einteilung in Kadernschulen werden die Armee schwächen. Die psychologischen Tests führen zur grössten Staatsfische in der Geschichte der Schweiz.

Young4FUN.ch fordert als erstes die sofortige Rückkehr zum alten Rekrutierungsverfahren. Sinnvolle Verbesserungen bei der Aushebung können eingeführt werden, ohne so radikal über das Ziel hinauszuschiessen.

### 7.1.7 Kein Abbau der Direkten Demokratie

Das geplante System, mit dem über den Verordnungsweg wichtige Armeefragen am Volk vorbei geregelt werden können, höhlt die Direkte Demokratie aus.

Young4FUN.ch fordert, dass nur Detail-Fragen durch Verordnungen geregelt werden. Die Direkte Demokratie muss in Armeefragen unbedingt erhalten bleiben.

## 7.2 Struktur der Armee

### 7.2.1 Glaubwürdiges Milizsystem, keine Durchdiener

Die Armee XXI wird zur Zweiklassenarmee. Die Miliz wird bloss noch zum Lippenbekenntnis. Durch Durchdienern, welche keine Lebenserfahrung und meistens keine Motivation (Durchdiener wollen oft nur mit der Armee so wenig wie möglich zu tun haben) bringen, schwächen die Armee beträchtlich.

Young4FUN.ch fordert die Abschaffung der Durchdiener. Eine Zweiklassenarmee und die langsame Verabschiedung von der Miliz deuten auf eine gefährliche Entwicklung.

### 7.2.2 Nur beschränkter Bestand an Zeitmilitär

Die Armee XXI setzt viel auf Zeitsoldaten. Wie bei den Durchdiener bedeutet diese Entwicklung eine schleichende Verabschiedung des Milizprinzips. Zeitsoldaten sind von Berufssoldaten nicht zu unterscheiden, sie werden aber trotzdem zur Miliz gezählt.

Young4FUN.ch fordert eine klare Beschränkung des Bestandes der Zeitsoldaten. Sie können mit Mass und Vernunft zur Instruktion eingesetzt werden, wenn die Armee zuwenig Kaderleute zur Verfügung hat.

### 7.2.3 Immerwährende Bereitschaft

Die Armee XXI baut auf Kooperation. Mit dem Aufwuchsprinzip und der Vorwarnzeit wird die Armee zu einem unflexiblen trägen Konstrukt. Sie soll Jahre brauchen, um voll einsatzfähig zu sein.

Young4FUN.ch fordert eine Armee, die innert kürzester Zeit mobilisiert sein kann. Die Weltlage kann heute viel schneller ändern als früher. Damit ist eine Anpassung in diesem Bereich unausweichlich.

### 7.2.4 Beförderungssystem beibehalten

Die Armee XXI will schon während der Rekrutierung bestimmen, wer welche militärische Laufbahn beschreiten wird. Dies ist zu früh. Die Offiziere und Unteroffiziere werden ohne Felderfahrung befördert.

Young4FUN.ch fordert die Beibehaltung des heutigen Systems. Kaderleute sollen als erstes eine RS absolvieren. Nur so sind die Vorgesetzten vertrauenswürdig.

### 7.2.5 Schutztruppen behalten und ausbauen

Die Armee XXI schafft wichtige Truppen, welche den Schutz der Bevölkerung gewährleisten, ab. Darunter fallen Flughafenregimenter und Territorialtruppen. Es ist gerade im Hinblick auf die Terrorgefahr unverantwortbar, diese Truppen abzuschaffen. Zudem zeigt diese Entwicklung den neuen Weg, welcher die Armee XXI einschlagen will: Der Schutz des Landes und der Bevölkerung wird aufgegeben.

Young4FUN.ch fordert die Beibehaltung dieser Truppen. Die Armee hat als wichtigste Aufgabe die Landesverteidigung und den Bevölkerungsschutz.

## 7.3 Fazit

Die Mängellisten und die Korrekturvorschläge zur Armee 95 legen seit 1996 dem VBS vor. Wir wollen nicht zur Armee 61 zurück. Es ist uns im Gegensatz zu den Armeepianern klar, dass die sicherheitspolitische Weltlage eine Umstrukturierung unserer Armee erfordert. Aber in wesentlichen Punkten schlägt die Armee XXI einen falschen und radikalen Weg ein. Zudem werden der Armee künftige Änderungen vom Ausland aufgezwungen werden. Diese Änderungen können durch (nicht referendumsfähige!) Verordnungen erfolgen. Unserer Meinung nach genügt eine mangelbeseitigende Optimierung der Armee 95 als bessere und günstigere Armee reform mit Mass und Verstand. Die Armee XXI schießt über das Ziel hinaus. Sie würde das Ende unseres bewährten Konzeptes der Unabhängigkeit von Machtbündnissen, der humanitären Hilfe und der Friedenstradition herbeiführen.

## **Auszug aus dem Reader «Referendum Armee XXI»**

des Eidg. Komitees für eine direkt-demokratische, neutrale und souveräne Schweiz.

Hinweis:

Ein etwa 200 A4-Seiten umfassender „Reader“ mit weiteren brisanten Fakten zur Armee XXI kann zum Selbstkostenpreis von 25 Franken beim erwähnten Eidg. Komitee unter der Telefonnummer 01 350 72 75 bestellt werden. Ebenfalls sind beim Eidg. Komitee Plakate gegen die Armee XXI in allen Grössen erhältlich. Die in diesem Auszug erwähnten Dokumente sind im vollständigen Reader alle dabei. Wir mussten aus Platz- und Kostengründen leider darauf verzichten.

### **8.1**

#### **Leitfaden**

Dass unser Land fremden Militärbündnissen beitreten könnte, ist für die meisten Schweizerinnen und Schweizer undenkbar. Trotzdem läuft seit langem eine undeckelte Nato-Annäherung. Was mit der «Partnerschaft für den Frieden» (Partnership for Peace, PFP) begann, erweist sich als Umstrukturierung der Schweizerischen Armee zu einem Nato-kompatiblen Einsatzmodul. Anhand der Entwicklung im Bereich der Sicherheitspolitik und der Armee zeigen wir im Folgenden die schleichende Anpassung an die Nato und legen dar, dass die Armee XXI eine nach dem Konzept und der Vorgabe der Nato entworfene Armee ist.

Diese Armee XXI entspricht nicht mehr unserer Staatsidee, weil ihre Ausrichtung gegen das Prinzip der immerwährenden bewaffneten Neutralität verstösst, das Milizprinzip vernachlässigt und der verfassungsmässige Armee-Auftrag – unser Land und die Bevölkerung im Notfall zu verteidigen – aufgegeben wird. Sie ist also eine Armee für die anderen – bezahlt von unseren Steuergeldern.

### **8.2**

#### **Das Volk langsam umgewöhnen statt offen zu diskutieren**

Botschafter Carlo Jagmetti beschrieb den schleichenden Paradigmenwechsel an einem Vortrag am 10. Februar 2003 anlässlich einer Begegnung mit einem ihm persönlich bekannten Beamten in höchster Verwaltungsfunktion: Auf seine Feststellung, dass der Bundesrat einer Grundsatzdiskussion zur Nato und zur Neutralität ausweiche, antwortete der Beamte unverblümt, man könne eben in der Schweiz keine Diskussionen darüber führen, «man müsse das Volk in kleinen Schritten langsam umgewöhnen».

Jetzt ist der Moment gekommen, dem undeckelten und demokratisch nicht abgesegneten Wechsel in der Aussenpolitik, Neutralitätspolitik und Sicherheitspolitik entgegenzutreten. Statt verdeckter Agenda fordern wir eine ehrliche Debatte und eine Bereinigung dieser Jahre des heimlichen Verrats.

### **8.3**

#### **Der Anfang**

Nach dem Zerfall des Ostblocks und dem Fall der Berliner Mauer 1989 fand innerhalb der Nato eine Neuausrichtung statt. Die USA überlegen, wie die ehemaligen Länder des Ostblocks in die Nato eingebunden werden könnten (Nato Ost-Erweiterung). Auf Initiative des damaligen US-Verteidigungsministers Aspin wurde am 11. Januar 1994 am Nato-Gipfel in Brüssel die Initiative «Partnerschaft für den Frieden» (Partnership for Peace, PFP) ins Leben gerufen. Mit Hilfe von PFP-Programmen sollten die Staaten auf einen Nato-Beitritt vorbereitet werden. Die PFP ist eine Art Nato-Trainingslager zur Angewöhnung an Nato-Normen. Auch die Rüstung sollte langsam so umgestellt werden, dass ein Nato-Beitritt problemlos möglich wird oder mindestens Nato-geführte PFP-Einsätze (wie im Kosovo) mitgemacht werden können. Hier handelt es sich nach den PFP-Dokumenten um einen langsamen evolutionären Annäherungsprozess (siehe Beilage: Einladungsdokument der Nato zu PFP).

### **8.4**

#### **Partnerschaft für den Frieden (PFP)**

Die «Partnerschaft für den Frieden» ist freiwillig. Die Zusammenarbeit mit der Nato auf politischer und militärischer Ebene ist völkerrechtlich nicht bindend. Es werden aber Fakten und Präjudizien geschaffen. Gerade diese offene Form des Bündnisses erlaubte es – so stellt es sich aus der heutigen Warte dar –, dass eine Vielzahl von Ländern (auch neutrale) dem Bündnis ohne innenpolitische Diskussion beitreten konnten. Trotz des nichtbindenden Charakters musste das Rahmendokument der PFP unterschrieben werden (siehe Beilage: Rahmenvertrag PFP). Teilnehmen können an PFP nur die Länder, welche von der Nato dazu eingeladen

werden. Im sogenannten Einladungsdokument der Nato wird unter anderem erklärt: «Aktive Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden wird eine wichtige Rolle im evolutionären Prozess der Nato-Erweiterung spielen» (siehe Einladungsdokument, Brüssel, 11. Januar 1994). Auch die Schweiz erhielt eine Einladung zur Teilnahme an PfP. Somit ist in der Einladung zur PfP-Teilnahme die Absicht der Nato enthalten, dass die Schweiz einst der Nato-Erweiterung beitrifft. Deutliche «Wünsche» des damaligen US-Aussenministers an Bundesrat Cotti und des US-Verteidigungsministers an Bundesrat Ogi unterstreichen diesen Vorgang (siehe Beilage: Chronologie).

## 8.5 USA wollen, dass Neutralität «überdacht» wird

Vorerst hatte der Bundesrat Bedenken, weil die Teilnahme an PfP mit unserer Neutralität nicht zu vereinbaren ist, da es sich sowohl um eine politische als auch um eine militärische Kooperation mit einem Militärbündnis handelt. In der Folge wurde von Amerika Druck ausgeübt, PfP beizutreten: So wurde Bundesrat Cotti anlässlich seines Besuches in Amerika am 22. März 1994 von US-Aussenminister Warren Christopher zur Teilnahme an PfP aufgefordert wie auch Bundesrat Adolf Ogi von US-Verteidigungsminister William Perry anlässlich dessen Besuches in der Schweiz am 2. Februar 1996. Letzterer forderte zudem, dass die neutralen Staaten ihre Neutralität überdenken sollten. Gleichzeitig wurden auch innerhalb der Schweiz Stimmen angeregt – vor allem aus Militär-Kreisen und der ETH Zürich, wo heute das massgebendste Nato-Kooperationsinstitut eingerichtet ist – der Neutralität einen neuen Sinn zu geben, unsere Armee neu auszurichten und PfP beizutreten.

Danach setzte Bundesrat Ogi im August 1996 die Kommission Brunner ein, mit dem Auftrag eine Sicherheitspolitische Standortbestimmung zu machen und das Terrain für eine neue Sicherheitspolitik des Bundesrates (Sicherheit durch Kooperation) und eine Armereform politisch vorzubereiten.

## 8.6 Beitritt der Schweiz zur «Partnerschaft für den Frieden» (PfP)

Im September 1996 beschloss der Bundesrat, dem PfP-Programm beizutreten. Ganz ohne Diskussion gelang dies nicht: Nationalrat Keller verlangte, dass der Beitritt zur PfP dem fakultativen Referendum unterstellt werden soll. Dies, weil sich das Volk zwei Jahren davor gegen Blauhelme entschieden hat. Nationalrat Keller begründet seine Motion damit, dass mit der Nato-PfP eine Veränderung unseres Neutralitätsbegriffes über die Köpfe von Parlament und Volk hinweg vom Bundesrat in die Wege geleitet werde. Die Motion wurde mit 98 zu 19 Stimmen im Nationalrat abgelehnt.

Am 11. Dezember 1996 unterzeichnet Bundesrat Cotti (EDA) das Rahmendokument für den Beitritt zur PfP und übergibt das dazugehörige Präsentationsdokument. In letzterem – so will es das Aufnahmeverfahren – muss der neue Partnerstaat darlegen, welchen Beitrag er zur PfP-Kooperation leisten wird. Erst wenn diese vorgeschlagenen Ziele von der Nato akzeptiert werden, kann der Beitritt zur PfP vollzogen werden. Die Zielvorgaben der Schweiz umfassen politische Beiträge wie «demokratische Kontrolle der Streitkräfte» und «Ausbildung im Bereich des Völkerrechts», aber auch konkrete Angebote wie «Förderung des freien Informationsflusses» und «Erfahrungsaustausch im Sanitäts- und Rettungswesen». Dazu werden eigens neue Studien- und Informationsinstitute geschaffen (in Genf und an der ETH Zürich). Zudem wird ein Botschafter ernannt und ins Nato-Hauptquartier nach Brüssel entsandt. Noch behält sich der Bundesrat vor, dass die Schweiz sich nur im Rahmen ihrer Neutralität am Programm der PfP beteiligt und nicht an gemeinsamen militärischen Übungen – vorerst. Allerdings entsendet die Schweiz auch einen Vertreter nach Mons (Belgien), wo die militärische Zusammenarbeit innerhalb der PfP koordiniert wird.

## 8.7 Beitritt zum EAPC (Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat)

Mit der Genehmigung des individuellen PfP-Programmes der Schweiz durch die Nato im Juni 1997 wird die Schweiz vollwertiges PfP-Mitglied. Gleichzeitig beschliesst der Bundesrat den Beitritt zum EAPC (Euro-Atlantic Partnership Council, Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat). Davon hat der Souverän nie erfahren. Dieses Gremium bildet die politische Dachorganisation zum PfP-Programm. In diesem Gremium werden Aktionspläne, PfP-Programme und alle individuellen PfP-Zielvereinbarungen für alle Partner erarbeitet und kontrolliert. Diese Aktionspläne sind immer unter dem Blickwinkel zu betrachten, dass die Nato möchte, dass die PfP-Kandidaten später der Nato beitreten. Die Bedeutung und Wichtigkeit des EAPC lässt sich schon daran erkennen, dass die Botschafter bei der Nato sich mindestens einmal im Monat treffen, die Aussen- und Verteidigungsminister zweimal pro Jahr, und dass jährlich ein

Gipfeltreffen stattfindet, an dem die Präsidenten der jeweiligen Länder teilnehmen. Der EAPC verschafft der Schweiz auch erstmals Zugang zu den Nato-Gipfeltreffen.

Nun ist aussenpolitisch der Boden für die weitere Nato-Annäherung gelegt, die in den kommenden Jahren innenpolitisch nachvollzogen wird. Der Bericht Brunner, der im Februar 1998 fertig wird, stellt klar die Weichen in Richtung Aufgabe der Neutralität und Kooperation mit der Nato als neues Sicherheitskonzept (anstelle autonomer Landesverteidigung).

Im Sicherheitspolitischen Bericht 2000 (Sipol 2000) des Bundesrates, der auf dem Bericht Brunner basiert, wird dies konkretisiert. Im Sipol 2000 wird der Wechsel von der eigenständigen Sicherheitspolitik mit Zivilschutz, wirtschaftlicher Landesvorsorge

usw. hin zur «Sicherheit durch Kooperation» vollzogen. Damit wird eine politische Abhängigkeit von anderen Staaten im Sicherheitsbereich angestrebt. Noch während der Sipol 2000 in Bearbeitung ist, nimmt die Nato-Kooperation stetig an Bedeutung zu: Schon allein die Budgetsteigerung für PfP macht dies deutlich: Von 2,85 Mio. Franken 1998 stieg der Beitrag auf 5,8 Mio. Franken 1999 bis auf heute über 7 Mio. Franken pro Jahr. Darin sind viele Leistungen nicht enthalten, wie etwas die Personal- und Umstrukturierungskosten. Die Schweiz ist mittlerweile der grösste Zahler der PfP-Programme. Jährlich werden weiterhin individuelle PfP-Partnerschaftsprogramme in Abstimmung mit der Nato vereinbart. Dabei gewinnen Friedensförderung und die Stärkung der militärischen Vertretung bei der Nato immer mehr an Bedeutung.

## 8.8 Beitritt der Schweiz zu PARP (Planungs- und Anpassungsprozess)

Am 21. Oktober 1998 geht der Bundesrat noch einen Schritt weiter und gibt die Teilnahme an PARP bekannt. Bei PARP (Planning and Review Process, Planungs- und Anpassungsprozess) handelt es sich um ein gefährliches Programm innerhalb von PfP. Das Ziel von PARP ist es, die Armeen der Partnerstaaten zu befähigen, an gemeinsamen militärischen Operationen mit der Nato – natürlich «nur» im Rahmen von «Friedensförderung» – teilzunehmen. Dazu werden wiederum jährlich Ziele vereinbart, die festlegen, welche Nato-Standards die Armeen der Partnerstaaten im entsprechenden Jahr übernehmen sollen. Diese Standards werden von der Nato jährlich überprüft.

Die uns zugänglichen Nato-PARP-Ziele für die schweizerische Armee, welche im Frühling 2000 mit Nato-Experten erarbeitet wurden, zeigen zwei interessante Aspekte:

- Zum einen sind 23 von den 33 vereinbarten Ziele abhängig vom damals noch nicht ausgearbeiteten Armeeleitbild. Das heisst, die neue Armee XXI sollte so geplant werden, dass sie den PARP-Zielen der Nato entspricht. Dies zeigt, dass die Armee XXI in Ausrichtung auf die Nato geplant wurde.
- Zum zweiten handelt es sich bei den PARP-Zielen 2000 um ganz konkrete militärische Programme, welche die Struktur der ganzen Armee ändern, da es keinen Sinn macht, nur Teile der Armee umzurüsten oder nur teilweise neue Befehlsstrukturen zu etablieren. Dies zeigt sich daran, dass PARP die mentale, strukturelle und materielle Interoperabilität mit der Nato erreichen will. Konkret gehören dazu: Ausbilden von Verbindungsoffizieren, Nato-kompatible Kommunikationssysteme, einheitliche Betankungssysteme, Einführung mobiler Überwachungssysteme, Anpassung von schweizer Stabsstrukturen an die Nato-Muster, Ausstattung von Flugplätzen mit Nato-tauglichen Navigationshilfen und Funk damit sie bei internationalen Operationen der Nato zur Verfügung stehen können.

(Anm. Red.: Eine Zusammenfassung der PARP-Verträge auf deutsch ist im Internet unter <http://www.vbs-ddps.ch/internet/groupgst/de/home/peace/partnerschaft/interoperabilit/parp.html> zu finden. Die englischen Original-Akten sind für die Öffentlichkeit bisher leider nicht zugänglich. Sie wurden in Vereinbarung mit der NATO zur Geheimsache erklärt.)

## 8.9 1999 – Wendepunkt in der Sicherheitspolitik

Das nun folgende Jahr 1999 war in vielerlei Hinsicht entscheidend. So gibt sich die Nato an ihrem Jubiläumsgipfel in Washington am 23. April 1999 eine neue Doktrin. Sie wandelte sich vom Verteidigungsbündnis in ein offensives Bündnis, das auch ausserhalb ihrer Grenzen im Euroatlantischen Sicherheitsraum «eingreifen» will. Damit stellt sich die Nato über den Uno-Sicherheitsrat, der bisher allein über Krieg oder Frieden entschieden hat. Dieser fundamentale Paradigmenwechsel der Nato hätte dazu führen müssen, dass die Schweiz ihre Kooperation mit der Nato aufkündet. Eine Zusammenarbeit mit einem offensiven Militärbündnis widerspricht erst recht der immerwährenden bewaffneten Neutralität. Doch obwohl Bundesrat Cotti und

Bundesrat Ogi am Nato-Gipfel anwesend waren, wurde keine Kursänderung in die Wege geleitet. Im Gegenteil!

Der zwei Monate später veröffentlichte Sicherheitsbericht 2000 (Sipol 2000), welcher das Grundkonzept der Armee XXI darstellt, geht auf die veränderte Nato-Doktrin in keiner Weise ein. Die neue Armee XXI soll sich - im Gegenteil - noch weiter an die Nato anpassen, denn die selbstständige Landesverteidigung soll aufgegeben und durch Kooperation mit Bündnispartnern ersetzt werden. Die Armee reformer gehen in diesem Bericht davon aus, dass wir mindestens für die nächsten 15 Jahre in einem friedlichen Umfeld leben und deshalb die Armee 10 Jahre Zeit hat, um bei einem sich abzeichnenden Krieg wieder aufgebaut werden zu können (Aufwuchs der Armee). Der Sipol 2000 wurde vor dem Kosovo-Krieg verfasst und nie angepasst. Er ist völlig überholt, weil er weder die neue Nato-Doktrin noch den 11. September 2001 einbezieht. Darum ist auch die darauf aufbauende Armeeplanung nicht tauglich.

Gleichzeitig gibt sich die Schweiz eine neue Bundesverfassung, in der sie es sich zur Aufgabe macht, aktiv zu Frieden und Stabilität beizutragen – ein gutes Anliegen, das aber im Zusammenhang mit PfP und der veränderten Nato-Doktrin einen vollständig anderen Sinn bekommt.

Die FDP lässt die Katze aus dem Sack und fordert 1999 in ihrem offiziellen Strategiepapier ebenfalls einen Nato-Beitritt bis im Jahr 2007. Die FDP ist es auch, die nun den Abstimmungskampf pro Armee XXI leitet.

Derweil forderte der spätere Schweizer Botschafter bei der Nato, Anton Thalmann, öffentlich, man solle «die Neutralität, an der kein Bedarf mehr besteht, sanft einschlafen lassen». Der Umstand, dass der Bundesrat diesen Mann, dessen Äusserung damals weitherum Aufsehen erregte, zum Nato Botschafter ernannte, lässt tief blicken.

Ebenfalls 1999 nimmt die Schweiz erstmals aktiv an einer Pfp-Übung teil. Doch schon einen Monat später wird aus dem Übungsprogramm ein Einsatz: Im Oktober 1999

reisen die ersten Schweizer Soldaten zur Teilnahme am Nato-geführten Pfp-Einsatz der KFOR nach Kosovo. Diesem Schritt folgt zwei Jahre später, im Juni 2001, die Bewaffnung der in Kosovo stationierten Swisscoy-Soldaten nach der äusserst knappen Annahme (50,4%) der dazu nötigen Gesetzesrevision.

**8.10****21. Jahrhundert – Zuspitzung der internationalen Spannungen**

Im Februar 2001 wird der erste Entwurf des neuen Armee-Leitbilds präsentiert. Die dafür nötigen Gesetzesänderungen sind im neuen Militärgesetz realisiert, über das wir am kommenden 18. Mai abstimmen werden.

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 spitzt sich die internationale Lage immer weiter zu. Amerika droht mit Kriegen für die nächsten 30 Jahre. Die Nato, der verlängerte Arm Amerikas, soll bei diesen Kriegen eine zentrale Rolle einnehmen. Ob dannzumal noch die Möglichkeit bestehen wird, aus dem Pfp-Programm auszusteigen, wird sich zeigen. Im Herbst 2002 wurde auf US-Druck am Nato-Gipfel in Prag beschlossen, dass die Nato eine 60'000 Mann starke Truppe für den weltweiten Einsatz bereitstellen müsse. Damit ist die Nato zur Fremdenlegion der USA geworden und endgültig kein Partner mehr für ein neutrales Land.

Wie in anderen Bereichen findet auch im Sicherheits- und Armeebereich ein verdeckter und schleichender Vorgang statt. Wie der Artikel «Partnerschaft für den Frieden in der Hegemonie-Falle» in ZF vom 17. Februar 2003 aufzeigt, begann die Annäherung an die Nato damit, Wörtern und Begriffen einen neuen Inhalt zu geben: Krieg wurde zur Friedensmission und als humanitäre Aktion deklariert.

Die bundesrätliche Politik bezüglich Neutralität und Nato ist alles andere als transparent und geradlinig. Im Gegenteil, der Bundesrat manipuliert das Volk. Im evolutionären Pfp-Prozess wird die Staatsidee der Schweiz unterminiert. Die Aufweichung unserer Grundwerte findet schleichend in den Köpfen statt und ihren Niederschlag in offiziellen und verwaltungsinternen Publikationen.

**8.11**

**«Partnerschaft für den Frieden» in der Hegemonie-Falle**

YOUNG4FUN

Der Anschluss an die Nato basiert nicht auf Verträgen und juristischen Vereinbarungen, sondern auf Freiwilligkeit und individuell gesetzten Zielen. Dennoch wird das Netzwerk von Jahr zu Jahr dichter. Die Kooperation umfasst längst nicht mehr rein politische Absichten, sondern hat sich ausgeweitet auf militärische, strukturelle und materielle Komponenten. Das Ziel, so drückte es der damalige US-Verteidigungsminister Perry aus, ist, dass «der Unterschied zwischen einer Nato-Mitgliedschaft und einer Beteiligung an der Nato-Initiative 'Partnership for Peace' dünner gemacht werden muss, als ein Blatt Papier». Die Armee XXI ist das Produkt aus dieser Zusammenarbeit. Sind erst einmal die Strukturen angepasst und die Schlüsselstellen mit Nato-tauglichen Offizieren besetzt, braucht es den faktischen Beitritt zur Nato gar nicht mehr.

Zudem sind die weiteren Schritte bereits geplant, denn die Armee XXI ist nur als Übergangarmee gedacht. Langfristig soll bis 2010 eine «Integrationsarmee» mit konsequenter Beteiligung an internationalen Einsätzen geschaffen und damit der «goldene Käfig aus Konkordanz, Rüstungsplafond, Milizsystem und Neutralität [...] gesprengt werden». (Vgl. dazu den Artikel von René Eggenberger, Oberst im Generalstab, Chef Abteilung Prospektivgruppe AXXI, Januar 2002.) Diese Entwicklung wäre bei einer Annahme des Militärgesetzes durchaus möglich, da sich die Behörden mit dem neuen Gesetz die Ermächtigung geben wollen, wichtige Armeebelange per Verordnung zu regeln. Verordnungen unterstehen nicht der Volksabstimmung, wodurch der Souverän an Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeit bezüglich der Armee verliert.

Es ist das erste Mal, dass die Schweizer Regierung versucht, dem Volk Mitspracherechte wegzunehmen. Wir wissen nicht, was der Bundesrat noch alles im Sinn hat, welchen Nato-Gremien er noch beitreten will und welche Zielvereinbarungen er eingehen wird. Wenn dem Volk die demokratischen Rechte weggenommen werden sollen, muss man hellhörig werden. Das neue Militärgesetz ist schon deshalb abzulehnen, weil das Militär damit noch weiter aus der Kontrolle des Souveräns gerät.